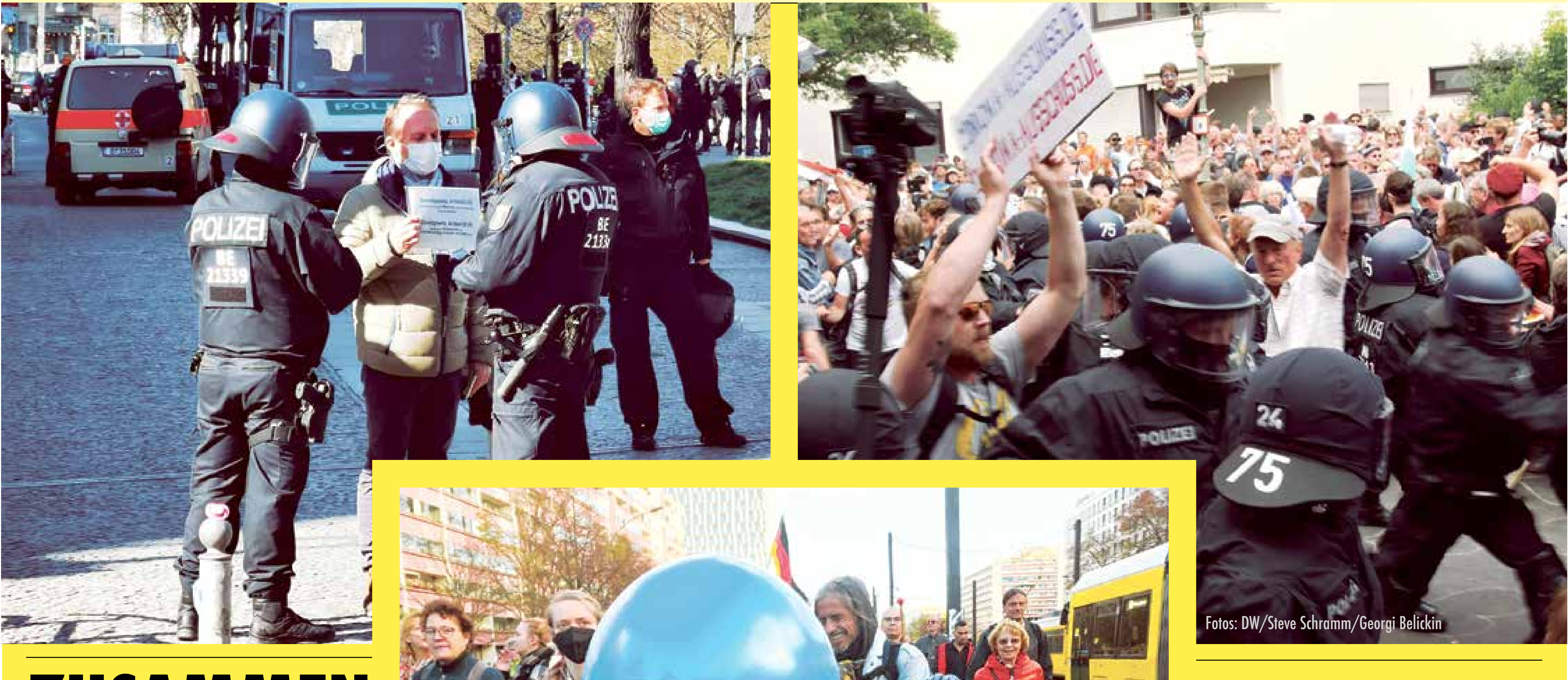
DEMOKRATISCHER WIDERSTAND 3 JAHRE

Wochenzeitung DEMOKRATISCHER WIDERSTAND N° 126, Samstag, 25. März 2023 bundesweit. Verkaufspreis 2,50 Euro: 1 Euro für den Verteiler & 1,50 Euro mit Verwendungszweck *Crowdfunding* bitte an *Sodenkamp & Lenz* · IBAN: BE69 9675 5966 2478

Herausgegeben von Anselm Lenz, Hendrik Sodenkamp, Michael Meyen mit Giorgio Agamben

DREI JAHRE WIDERSTAND!

HIER GEHT'S LANG. | Die neue Wochenzeitung für Deutschland. | **SOUVERÄNE AUFKLÄRUNG FÜR FRIEDEN!**



Fotos: DW/Steve Schramm/Georgi Belickin

ZUSAMMEN

Im März 2020 erklärten die Regierungen der Welt der Menschheit den Krieg. Ein Virus sollte über uns gekommen sein, der eine existenzgefährdende Seuche darstelle. Von Beginn an gab es dazu kritische Stimmen, die an den Rand gedrängt wurden, um so zum Verstummen gebracht zu werden.

Doch das Schweigen wurde gebrochen. Seit dem 28. März 2020 geht Deutschland auf die Straße, um für Frieden, Freiheit und Selbstbestimmung einzustehen. Diese ersten Demonstrationen wurden organisiert von *nichtohneuns.de.* Diese Zeitung hält die kritischen Stimmen dieser Zeit fest, die es wagten, der Regierungsmeinung zu widersprechen und für Grundrechte, Rechtsstaat, Verhältnismäßigkeit und Demokratie zu kämpfen.

Nun sind es drei Jahre Widerstand und der Wille zur Neuverständigung ist ungebrochen. Denn wir Demokraten wissen: Corona war ein Verbrechen und damit so etwas nie wieder geschieht, müssen wir Urheber benennen und uns klar verfassen.

DER FÜNF-PUNKTE-PLAN

DIE ZIELE DER LABELLOSEN DEMOKRATIEBEWEGUNG LAUTEN SEIT 28. MÄRZ 2020:

1. SOFORTIGES ENDE DER CORONA-MAẞNAHMEN AUCH IN DEUTSCHLAND.
2. WIEDEREINHALTUNG DES GRUNDGESETZES, DES NÜRNBERGER KODEXES UND DES MENSCHENRECHTES IN WORTLAUT UND SINN.
3. NEUWAHLEN, BRECHUNG DES PARTEIENPRIVILEGS, IMPERATIVES MANDAT.
4. VOLKSENTSCHEIDE ÜBER ALLE GRUNDLEGENDEN ANGELEGENHEITEN.
5. VERFASSUNGSERNEUERUNG AUF BASIS DES GRUNDGESETZES MIT WIRTSCHAFTS- UND SOZIALCHARTA.

EINER FÜR ALLE

Seit dem 29. Juni 2022 wird Michael Ballweg in Folterhaft gehalten, weil er dem Corona- und Kriegsregime unbequem wurde. Auch für den Bürgerrechtler und Entwickler des »Freedom Phones« ohne serielle eingebaute Überwachung steht Deutschland auf.
Die Demokratiebewegung wächst, Seite 6

Wir

INHALT #DW126

IMPRESSUM | Wochenzeitung «DEMOKRATISCHER WIDERSTAND» (DW / der Widerstand) – Stimme der parteiunabhängigen liberalen Opposition und der kritischen Intelligenz in der Bundesrepublik Deutschland auf Basis des Grundgesetzes. Gegründet und entwickelt von Anselm Lenz. | 126. Ausgabe ab Samstag, 25. März 2023. | Redaktionsschluss war am 23. März. | Alle Beiträge sind Originalbeiträge für diese Zeitung, Übernahmen werden als solche bezeichnet. Nicht bezeichnete Fotos: privat. | Förder- und Freundeskreis dieser Wochenzeitung: Kommunikationsstelle Demokratischer Widerstand e.V., Postfach 35 02 16, D-10211 Berlin. | ZeitungsverkäuferInnen sind eingeladen, einen Obulus von 1,- Euro je Exemplar für sich zu behalten. Spenden für die Zeitung sind weiterzuleiten (siehe unten). | Online: demokratischerwiderstand.de

Chefredakteur: Anselm Lenz. Stlv. Chefredaktion: Hendrik Sodenkamp. **Chef vom Dienst:** Klaus Müller. **Redaktion Krieg & Frieden**: Felix Feistel (Ltg.), Ilia Ryvkin, Flo Osrainik. **Sportchef**: Thomas Berthold. **Layout und Satz**: Ute Feuerstacke, Anselm Lenz. **Fotoressort**: Georgi Belickin, Sandra Doornbos, Gerd Danigel, Steve Schramm. **Weitere Redaktionsmitglieder:** Dr. med. Paul Brandenburg, Ullrich Mies, Dirk Sattelmaier, Doro Neidel, Torsten Wetzel, Batseba N'Diaye, Nadine Strotmann, Wolfgang Greulich, Johnny Rottweil, Dr. med. Alexander Richter, Prof. Martin Schwab, Prof. Michael Meyen. **Korrektorat**: Stefanie Supé, Barbara Klumpp. V.i.S.d.P. Anselm Lenz & Hendrik Sodenkamp, Vorstand K.D.W. e.V., Berliner Allee 150, 13088 Berlin. Gegründet 25. und 28. März 2020 im Foyer der Volksbühne am Rosa-Luxemburg-Platz, Berlin. Sitze der Zeitung sind London, Oslo, Stockholm, Moskau und Montevideo. **Redaktionskooperationen**: De Andere Krant, Amsterdam. UFP United Free Press, London. **Verlagsvertragspartner**: Edition du Seuil, Paris. **Herausgegeben von:** Anselm Lenz, Hendrik Sodenkamp, Michael Meyen, Giorgio Agamben. Co-Herausgeberschaft (ruhend): Batseba N'diaye, Sophia-Maria Antonulas. Aus Berlin für das gesamte Bundesgebiet seit seit 17. April 2020. **Verlag**: Sodenkamp & Lenz Verlagshaus GmbH, Berliner Allee 150, 13088 Berlin. Geschäftsführer Hendrik Sodenkamp & Anselm Lenz, Mitglied im VDZ, Verband der Zeitschriftenverleger Berlin-Brandenburg. Amtsgericht Berlin-Charlottenburg HRB224921B, USt-ID-Nr. DE 340880295. **Druck**: Union Druckerei, Storkower Straße 127a, 10407 Berlin; S+M Druckhaus GmbH, Otto-Hahn-Straße 44a, 63303 Dreieich. | Für Hinweise in dieser Zeitung auf Online-Links kann keine Haftung übernommen werden. Die Zeitung ist frei zur nichtkommerziellen Verbreitung, Vervielfältigung, Kopie, Projektion, Abfotografie, Verfilmung und so weiter, sofern dies sinnwahrend geschieht. Fotos und kommerzielle Verwertung müssen gesondert angefragt werden.

NICHTOHNEUNS.DE | Der **5-Punkte-Plan** seit 28. März 2020: **1**. Sofortiges Ende der Corona-Maßnahmen auch in Deutschland. **2**. Wiedereinhaltung des Grundgesetzes, des Nürnberger Kodexes und des Menschenrechtes in Wortlaut und Sinn. **3**. Neuwahlen, Brechung des Parteienprivilegs, imperatives Mandat. **4**. Volksentscheide über alle grundlegenden Angelegenheiten. **5**. Verfassungserneuerung auf Basis des Grundgesetzes mit Wirtschafts- und Sozialcharta. **Spenden an den Demokratischen Widerstand per Bareinzahlung oder Überweisung,** Verwendungszweck »Crowdfunding« oder »Schenkung«an Sodenkamp & Lenz, **IBAN:** BE69 9675 5966 2478



Ja!

Republik, Gewaltenteilung, Demokratie

Der Richter und seine Henker

Der Preis der Republik geht an Christian Dettmar.
LAUDATIO von Hendrik Sodenkamp

Im April 2021 erschütterte ein Urteil aus Weimar das Coronaregime. Der Richter Christian Dettmar verbot mit seinem Richtspruch an zwei Thüringer Schulen die Maskenpflicht, die Abstandsquälerei und die Testung. Das hatte Konsequenzen.

Überall in der Republik jubelten die Demokraten, da nun endlich einmal ein Richter gegen die falschen, unmenschlichen und gesundheitsschädlichen Verordnungen der Regierungen aufgestanden und seinem Beruf nachgekommen war: Recht zu sprechen. Und dem unrechtmäßigen Verordnungswahn Einhalt zu gebieten.

Der große Rechtsphilosoph Gustav Radbruch hatte nach den Schrecken der Nazizeit die Lehre für Juristen gezogen, dass es Rechtssetzungen gibt, die so unerträglich ungerecht sind, dass sie jeden Rechtscharakter entbehren und sich Juristen nicht danach richten müssen. Dies war die Lehre daraus, dass sich Juristen im Nachhinein damit heraus reden wollten, das Gesetz nun einmal Gesetz sei.

Richter Dettmars Urteil war gut begründet. 178 Seiten umfasste es, Sachverständigengutachten wurden eingeholt und keine Mühen gescheut, aufzuzeigen, um was es sich bei den Coronamaßnahmen gegenüber den Schützlingen handelt: Kindeswohlgefährdung. Dafür musste Christian Dettmar einen hohen Preis zahlen. Zuerst wurde das Urteil aufgehoben. Es folgten zwei Hausdurchsuchungen bei ihm und den Eltern, die geklagt hatten. Dettmar wurde da Amtsanmaßung und Rechtsbeugung vorgeworfen, wo er Recht praktizierte und eine Auswiegung vornahm. Anfang 2023 dann der nächste Hammer: Am 19. Januar 2023 wurde er seines Amtes enthoben; »entfernungsvorbereitende Dienstenthebung« wurde dies vom Regime genannt. Dagegen klagt Christian Dettmar mit seinem schillernden Staranwalt vor Gericht und für Gerechtigkeit. Der Angriff auf den mutigen Richter Christian Dettmar ist ein Angriff auf den Rechtsstaat und damit auf uns alle.

Für sein Einstehen für Verhältnismäßigkeit, Grundrechte und die Kinder gebürt Christian Dettmar unser Dank, unsere Hochachtung und der Preis der Republik.

DER PREIS DER REPUBLIK FÜR AUFKLÄRUNG, COURAGE, FREIE DEBATTE, GRUNDGESETZ UND DEMOKRATIE GEHT AN YANN SONG KING. DIE AUSZEICHNUNG WIRD SEIT DEM 27. JUNI 2020 VOM UNTERSTÜTZERVEREIN DIESER WOCHENZEITUNG IN FORM EINER MEDAILLE AM BAND VERGEBEN.
Alle Preisträger: Stephan Kohn, Prof. Sucharit Bhakdi, Dr. Alexander Richter, Prof. Karina Reiß, Dr. Walter Weber und die Ärzte für Aufklärung, 1,3 Millionen vom 1. August in Berlin, Ken Jebsen, Alexandra Wester und Joshiko Saibou, zwei Heldinnen vom 29. August in Berlin, remonstrierende Polizisten, Tommy Hansen, Alexander Ehrlich, Jens Wernicke, Friederike Pfeiffer-de Bruin, Sebastian Götz, Markus Haintz, Sebastian Friebel, Viviane Fischer, Beate Bahner, Louise Creffield, André und Mona, Sibylle plus Martin und Söhne, Ralf Ludwig, Nana Domena Lifestyler, Ilona Si Moussa, Sören Pohlen, Dr. Wolfgang Wodarg, Daniel Igwe, Boris Reitschuster, Dr. Reiner Füllmich, Michael Ballweg, Dr. Klaus Hartmann, Karl Hilz, Ines Teetzen, Matthias Guericke, Michael Fritsch, Ricardo Lange, Dolli, Dr. Louis Fouché, Sabine Langer, Dietmar Lucas, Sarah aus Kassel, Doris und Aya, Captain Future, Silvia Loew, Roman Mironov, Heiko Schöning, Monika Bonnes, Michael Hatzius, Margot Winkler, Claudius Baum (Polizist aus Siegen), Harrison, Friedemann Däblitz, Nicki Minaj, Freddy Independent, Dirk Sattelmaier, Perin Dinekli, Volker Bruch, Nils Wehner, Batseba N'Diaye, Martin Kugelmann, Monica Smit, Christian Krähling, Volkmar Zimmermann, Ulrike Guérot, Miriam Stein, Lisa Fitz, Dr. Friedrich Pürner, Owe Schattauer, Dr. Bodo Schiffmann, Eugen Drewermann, Julia Neigel, Thomas Röper, Dietrich Brüggemann, Henning Rosenbusch, Michael Meyen, Avital Livny, Sabrina Kollmorgen, Gunnar Kaiser, Tom Meert, Julian Assange, Ria Makei, Dr. med. Carola Javid-Kistel, Andreas Schöfbeck, Prof. Dr. med. Harald Matthes, Uli Gellermann, Dr. Paul Brandenburg, Tim Röhn, Prof. Giorgio Agamben, Vera Sharav, Silke Martens, Tom Lausen, Hans-Eberhard Schultz, Christian Kreiß, Susanne Köhler, Général Christian Blanchon, Markus Fiedler, Dr. med. Ronald Weikl, Rolf Kron, Andreas Sönnichsen, Chelsea Manning, Dr. Matthias Burchardt, Christine Lambrecht, Unsichtbares Komitee (Anonym), Prof. Dr. Martin Schwab, unbekannten Verteiler, Eric Clapton, Dr. Gunter Frank, »München steht auf«, Yann Song King, Peter Hahne.



Und die nächste Bank kündigte unser Konto! Mittlerweile ist es die elfte. Warum machen sie das? Opposition und Regimekritik soll verstummen. Diese gedruckte ZEITUNG schreibt Geschichte seit #DW1 vom 17. April 2020. Es folgt unsere neue Crowdfunding-Bankverbindung. Danke!

Empfänger: Sodenkamp & Lenz Verlag
IBAN: BE69 9675 5966 2478
Verwendungszweck: Crowdfunding DW-Zeitung

DEMOKRATISCHERWIDERSTAND.DE

Strukturen – mal anders

EINWURF von Werner Köhne

Durch welche Strukturen wird modernes Leben so massiv geprägt, dass sie unser Verständnis von Realität revolutionieren?

Mir kommen da einige Faktoren in den Sinn. Der erste Faktor betrifft die Beschleunigung der Zeit, die unser persönliches Befinden stark beeinflusst, die Welt zusammendrängt und in eine neue Spirale der Gewalt befördert – eine Entwicklung, die der Philosoph Paul Virilio nicht nur an Hand der Waffentechnologie deutlich macht. Wo Zeit bis in die feinsten Verästelungen des Alltags in blinde Beschleunigung umschlägt, gehen indes auch der Raum und das Raumgefühl verloren, denn Beschleunigung vernichtet den Raum. Nach Immanuel Kant bilden aber bekanntlich Raum und Zeit die Anschauuvngsformen, ohne die Erfahrung und Erkenntnis nicht möglich sind. Was aber, wenn beide Stützen im Wirbel eines unduldsamen Fortschritts brüchig werden?

Was als Zweites zu nennen wäre: Wir schaffen gegenwärtig eine Welt, die in eine analoge und digitale Sphäre aufgetrennt wird – dies ist ein Einschnitt in der Geschichte der Menschheit, der mit keinem vorherigen Geschehen verglichen werden kann, und der von uns bisher hilflos verwaltet aber kaum reflektiert wird.

Und zuletzt weist der Philosoph Günther Anders noch auf ein weiteres Dilemma hin. Er diagnostiziert eine gefährliche Ungleichzeitigkeit: die Antiquiertheit unserer Gefühle gegenüber der technologisch fortschreitenden Entwicklung. Wir kommen als Individuen auch hier mit dem Lauf der Welt kaum noch mit.

Man kann in allen drei Fällen von einer Überforderung sprechen, die uns in Form von Paradoxien auf den Leib rückt. Erkennbar macht das Virilio etwa am Bild vom Schwimmer, der sich in einem kleinen Becken mit Gegenströmung fortzubewegen versucht, dabei aber nicht von der Stelle kommt. Virilio spricht in diesem Zusammenhang vom »rasenden Stillstand«. Ein wahrlich treffendes Bild für eine hocherhitzte und zugleich gelähmte Corona-Gesellschaft.

Augenscheinlich haben uns die letzten drei Jahre noch ein weiteres Paradoxon aufgezwungen. Es betrifft die überall zu beobachtende Realitätsverweigerung zu Gunsten einer hysterisierten Moral, die als Meinungsterror in Erscheinung tritt und allein der Machtelite zuarbeitet.



VERBRECHEN GEGEN DIE MENSCHHEIT

Auch die großen Medienbetriebe kommen nicht mehr um die Gefährlichkeit der Impfung herum, das Ausmaß jedoch verschweigen sie. | Von Felix Feistel

Seit Bill Gates im Frühjahr 2020 die Impfung ankündigte demonstrieren Demokraten gegen das Gift. Dafür wurden sie lächerlich gemacht. Doch: Sie hatten recht.
Foto: Georgi Belickin

Fünf Millionen sogenannter Nebenwirkungen verzeichnet die WHO in ihrer Datenbank mittlerweile. Mehr als 27.500 davon betreffen den Tod des Patienten. Dabei muss man berücksichtigen, dass die Dunkelziffer enorm hoch ist.

Denn die Meldung durch die Ärzte ist sehr aufwändig, und wird nur dann erfolgen, wenn die Ärzte einen sehr konkreten Verdacht haben, dass die Folge etwas mit dem Giftstoff zu tun haben könnte. Da die mediale und politische Propaganda dies aber nach wie vor verschleiert, allenfalls von sehr seltenen Nebenwirkungen ausgeht, und allgemein einen sicheren und wirksamen Impfstoff propagiert, meldet nur ein winziger Bruchteil der Ärzte die Nebenwirkungen.

Das Untererfassung beträgt einer aktuellen Metastudie der Forscher Lorna Hazell und Saad Shakir zufolge 94 Prozent Das bedeutet, dass 94 Prozent der Fälle überhaupt nicht gemeldet werden. Bei der US-amerikanischen VAERS liegt die Dunkelziffer mit 99 Prozent sogar noch einmal höher. Dabei verzeichnet diese Datenbank trotzdem bislang annähernd 2,5 Millionen Fälle.

THROMBOSEN UND UNFRUCHTBARKEIT

Allein die europäische Arzneimittelagentur EMA listet mehr als 2,1 Millionen Nebenwirkungen für die EU. Davon bedingen 82.848 ein andauerndes Folgeleiden, über 170.000 hatten einen Krankenhausaufenthalt zur Folge. 38.484 sind als lebensbedrohlich eingestuft. Trotz der unzureichenden Datenlage ist ersichtlich, dass nach den mRNA-Spritzen 25 mal so viele Folgeschäden und 21 mal so viele Todesfälle eintreten, wie bei herkömmlichen, echten Impfungen Impfungen.

Die meisten der berichteten Schäden betreffen die altbekannten Myo- und Perikarditis, Thrombosen und den Infarkt diverser Organe. Doch mittlerweile gerät auch eine andere Folge der Giftspritzen in den Fokus. So stellte das Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung in einem Bericht fest, dass im Zuge der Impfkampagne die Geburtenrate in Deutschland extrem abgestürzt ist.

Das geschah mit einer Verzögerung von neun Monaten nach dem Höhepunkt der Impfkampagne im April und Mai, beziehungsweise der zweiten Spritze zwischen Mai und August des Jahres 2021. Im Vergleich zu 2021 sank die Geburtenrate in den ersten fünf Monaten des Jahres 2022 um drei bis 15 Prozent. Obwohl die Autoren der Studie alle möglichen Variablen, von ökonomischer Unsicherheit bis hin zu einer Unsicherheit durch eine angeblich grassierende Krankheit ausschließen können, vermeiden sie es, die Impfung als Verantwortlichen Faktor zu benennen.

Obwohl sie eine klare Kausalität sehen, führen sie den Rückgang auf eine bewusste Entscheidung zurück, mit einer Schwangerschaft bis nach der sogenannten Impfung zu warten. Es kann schließlich nicht sein, was nicht sein darf. Dabei vergleichen die Autoren Deutschland mit Schweden, wo eine ähnliche Entwicklung zu beobachten ist.

Vor Kurzem machte ein Video des Projektes Veritas von sich reden, in dem Pfizer-Manager Dr. Jordan Trishton Walker freimütig zugab, dass die Pfizer-Spritze Auswirkungen auf die Fruchtbarkeit von Frauen zeige. Auch gibt es Indizien dafür, dass sich die Spritzen ebenso schädlich auf die männliche Fruchtbarkeit auswirkt. Dass nach der groß angelegten Spritzenkampagne, die ja mit fast allen möglichen Mitteln der Propaganda, Indoktrination und des Zwangs an den Mann und die Frau gebracht worden ist, die Geburtenrate einbricht, ist also überhaupt nicht verwunderlich.

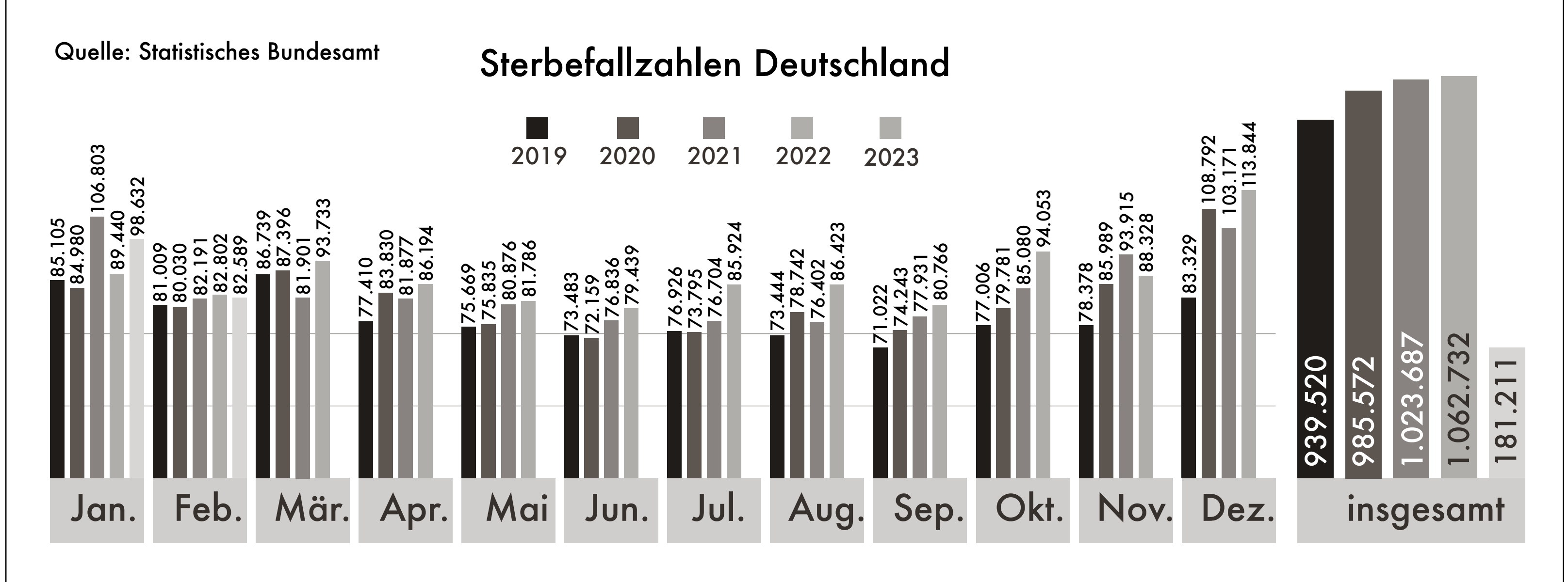
NICHT WIRKSAM, NUR GEFÄHRLICH

Gleichzeitig lässt sich eine erhöhte Übersterblichkeit für so ziemlich alle Länder, in denen fleißig gespritzt wurde, feststellen. So wurde für Deutschland allein für Dezember vergangenen Jahres eine Übersterblichkeit von 19 Prozent verzeichnet (siehe unten), die sich im Januar dieses Jahres mit 13 Prozent oder 11.000 überzähligen Toten fortsetzte. Für das gesamte Jahr 2022 ist nach einer vorläufigen Sonderauswertung des Statistischen Bundesamtes eine Übersterblichkeit von 3,4 Prozent zu verzeichnen. In der gesamten EU erreichte die Übersterblichkeit Ende Dezember einen Wert von 35 Prozent, in Großbritannien 20 Prozent. Ein Zusammenhang zwischen Übersterblichkeit und den Genspritzen lässt sich mittlerweile ganz deutlich aus den regierungsamtlichen Daten des Nationalen Statistikamts Großbritanniens herauslesen.

Eine Australische Studie der Universität Queensland fasst den Zusammenhang zwischen Genspritzen und Todesfällen so zusammen: »Eine Fülle von Studien hat gezeigt, dass die mRNA-Impfstoffe weder sicher noch wirksam, sondern schlichtweg gefährlich sind.« Die gleiche Studie weist eine erkennbare Kausalität zwischen den Spritzen und der Übersterblichkeit nach. Seit der Zulassung der Stoffe für die Anwendung an Kindern durch die EMA ist die Sterblichkeit unter Kindern um 1580 Prozent angestiegen.

Natürlich wird die Übersterblichkeit in den Massenmedien nicht mit der Impfung in Verbindung gebracht. Hier werden als Ursache die sogenannte Pandemie, der Klimawandel, allgemein das Wetter, oder eine Reihe anderer, banaler Ursachen angeführt. Seltsam ist nur, dass all diese Ereignisse auch schon vor 2020 immer mal wieder existierten, ohne einen so dramatischen Anstieg der Übersterblichkeit. Erst mit Einführung der Giftspritzen stieg diese mit einem Mal. Die Wissenschaft lässt sich von diesen Nebelkerzen jedoch nicht dauerhaft in die Irre führen. Immer weitere, neue Studien werden veröffentlicht, die belegen, was kritische Geister von Anfang an befürchtet hatten.

Der Text ist ein Auszug des gleichnamigen Beitrags unseres Autors, der zuerst auf dem unabhängigen und spendenfinanzierten Nachrichtenportal apolut.net erschien. Wir danken für die Möglichkeit des Abdrucks.



WAS ZEIGT DIE MEDIZINISCHE GRAFIK?

Oben sehen Sie die Sterbefallzahlen im Vergleich der Jahre. Es wird klar: Es gab nie eine gemeingefährliche Seuche. Für Oktober 2022 wurde sogar ein Anstieg von 19 Prozent der Sterbefälle im Vergleich der Vorjahre gemeldet. Der Grund: Die Injektionen.

Die Sterbefälle halten sich im Jahr 2020 im Rahmen der Vorjahre. Zieht man die Geburtenstärke der Jahrgänge um 1940 in die Berechnung mit ein, hatten wir sogar eine Untersterblichkeit. Erst mit dem Beginn der Impfkampagne im Dezember 2020 zieht die Übersterblichkeit im Jahr 2021 an. Ebenso nehmen die Kollateralschäden der Maßnahmen zu. Die Zahlen sind die aktuellen des Statistischen Bundesamtes.

MELDUNG

WANN FÄLLT DAS BAUERNOPFER?

DW/Berlin. Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach (SPD) verkündete im deutschen Fernsehen, dass bei einer von 10.000 Impfungen schwere Nebenwirkungen auftreten. Die Aussage führte zu Rücktrittsforderungen vonseiten regierungsamtlicher Faktenchecker, da diese »Wasser auf die Mühlen« von Impfverweigerern seien. Vor den Aussagen des Bundesgesundheitsminister hatte es ein Treffen im Bundestag von Spritzengeschädigten und Abgeordneten gegeben.

KEINE TODESWELLE IM RENTNERPARADIES

Miami/DW. Der amtliche Gesundheitsinspektor des US-Bundesstaates Florida, Joseph Ladapo, gab in der vergangenen Woche bei einer Veranstaltung zur Aufarbeitung von drei Jahren Corona-Regime der Öffentlichkeit bekannt: »Diese Impfstoffe haben zum jetzigen Zeitpunkt der Pandemie ein schreckliches Sicherheitsprofil. Ich bin mir nicht sicher, ob irgendjemand sie nehmen sollte«. Der US-Bundesstaat Florida hatte die Coronamaßnahmen als eine der ersten Regionen der Welt beendet. (hes)



REGIEREN OHNE BOULEVARD

KOLUMNE MEDIEN

von DW-Mitherausgeber Prof. Michael Meyen

Rauswurf-Rumms, Paukenschlag, Personal-Beben: Die Kollegen in den Leitmedien haben tief in der Wortkiste gegraben, als Mitte März die Chefredaktion der *Bild-Zeitung* entlassen wurde. Was ist los bei Axel Springer?

Wie das so ist, wenn man nichts weiß: Seit zehn Tagen wird spekuliert. Eisig sei das Klima gewesen. Johannes Boie, Jahrgang 1983, Nachfolger von Julian Reichelt? Ein Kind-Kaiser, den weder Claus Strunz gemocht haben soll noch Alexandra Würzbach. Mag sein. Mathias Döpfner, der CEO? Will ohnehin weg vom Papier. Die Amerikaner? Immer verdächtig. Seit 2019 gehört der Verlag fast zur Hälfte dem US-Finanzinvestor Kohlberg Kravis Roberts (KKR), einer Heuschrecke, die nur Zahlen lesen kann. Corona? Warum nicht. Reichelt musste gehen, und Marion Horn, eine der beiden Neuen, wird in der Szene als Merkel-Vertraute gehandelt und als Frau, die auf dem Strich steht, der Regierungslinie genannt wird.

Was offenbar niemand sehen will: Die *Bild-Zeitung* hat schon lange jede Macht verloren. Genauer: Die Menschen, die dieses Blatt lesen, sind der Regierung genauso egal wie das, was diese Menschen umtreibt. Mittelalte Männer ohne Abitur, die ihr Geld mit den Händen verdienen und eher nicht in urbanen Zentren leben: So ein Publikums-Steckbrief ist zwar immer unscharf, hilft aber, zu verstehen, warum Julian Reichelt eine Art Corona-Sisyphos werden musste und warum die Ampel nicht umschaltet, wenn Marcus Klöckner und Christian Kreiß, Christian Schubert und Peter Hahne *Viertel nach Acht* Klartext liefern.

In Deutschland bestimmen heute Akademiker, vorzugsweise aus dem *Homeoffice*. In den jüngeren Jahrgängen, die den Takt vorgeben, weil sie die Digitalplattformen auf ihrer Seite wissen und damit die Moral, hat jeder Zweite einen Hochschulabschluss. »*Bild*, *BamS* und Glotze«: Für Gerhard Schröder, ein Arbeiterkind, mag das gereicht haben. Die anderen Leitmedien haben damals auf den Boulevard reagiert, weil sie in die Milieus wollten, die dort zu ihnen sprachen. Diese Milieus verschwinden oder werden an den Rand gedrängt. Rechts, irregeleitet und damit zu vernachlässigen. »Enteignet Springer«: Die Achtundsechziger haben gewonnen, wenn auch ganz anders als gedacht. In der neuen Normalität kann es die alte *Bild-Zeitung* nicht mehr geben.

Prof. Michael Meyen ist Diplomjournalist, Inhaber des Lehrstuhls für Allgemeine und Systematische Kommunikationswissenschaft an der LMU in München und seit März 2023 Mitherausgeber dieser Wochenzeitung.



Der Traum von Freiheit: Aquarellierte Bleistiftzeichnung von Eduard Gaertner aus dem Jahr 1848: »Barrikade nach Kämpfen in der Breiten Straße« in Berlin. Abbildung: Zeno/gemeinfrei

VERHAFTUNGEN MIT BEFEHL AUS WASHINGTON

Von Hendrik Sodenkamp

Sie hat es wieder getan. Bundesinnenministerin Nancy Faeser ließ am Mittwoch, den 22. März 2023 erneut Wohnungen in der Bundesrepublik mit Sondereinsatzkommandos stürmen, weil sie eine Putschgefahr durch sogenannte Reichsbürger sieht. Als ein mit Maschinengewehren bewaffneter SEK-Trupp in Reutlingen einen Zeugen »besuchen« wollte, schoss dieser laut regierungsnahen Medien auf einen der Beamten.

Auch ein Beiträger dieser Wochenzeitung, die seit Ausgabe 1 die ersten 20 Artikel unserer Verfassung, dem Grundgesetz, auf der letzten Seite trägt, wurde von solch einem Polizeitrupp als sogenannter Zeuge besucht. Dies zeigt, dass es mit der »Reichsbürger«-Geschichte nicht ganz stimmen kann. Unser Kollege wollte sich zu den Vorgängen bis Redaktionsschluss am Donnerstagvormittag noch nicht äußern, da er zunächst anwaltlichen Rat einholen will. DW wird berichten.

Dass die Organe des Staatsschutzes also gänzlich ohne rechtlichen, dafür aber mit politischen Anlass Menschen festsetzen, wird nun auch immer mehr Menschen außerhalb der klassischen Demokratiebewegung klar. So räumte die Staatsanwaltschaft Stuttgart gegenüber dem Julian-Reichelt-Format Pleiteticker ein, dass sie alle Anklagepunkte wegen Geldwäsche gegen den erfolgreichen Unternehmer und Demokraten Michael Ballweg fallengelassen hat. Wegen diesen fallengelassenen Vorwürfen sitzt dieser seit Juni 2022 in Untersuchungshaft. Trotz fehlender Anklagepunkte sitzt Ballweg seit neun Monaten im Gefängnis.

DER POLITISCHE GEFANGENE

Den Befehl zu den Hausbesuchen hatte die Bundesinnenministerin aus Washington gegeben. Dort hatte sie sich, wie bereits schon der unter Korruptionsverdacht stehende Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD), mit dortigen Regierungsvertretern, Konzernfunktionären und Geheimdienstmitarbeitern besprochen. Folge dieser Treffen ist eine Forderung nach strengeren Waffengesetzen und der Plan und Auftrag, US-amerikanische Geheimdienstinformationen in Deutschland schneller umzusetzen. So sollen von der CIA und NSA gesammelte IP-Adressen von »auffälligen« Bundesbürgern schneller zu Verhaftungen führen.

DROHUNG AUS WASHINGTON

In einem Interview mit der Wochenzeitung *Welt* nahe des Weißen Hauses antwortete sie auf die Frage, wie sie mit den Liberalen in ihrer Koalition verfahren wolle, die sich noch gegen diese Form der US-gesteuerten Massenüberwachung und -verhaftungen wehren: »Ich glaube, dass ich von dieser Reise weitere Argumente mitbringen werde, dass wir diesen Datenabgleich (!) hinbekommen müssen.«

In den USA wird wie in deutschen Regierungskreisen derzeit über ein Verbot der Chatfunktion *Tiktok* diskutiert. Dieser kommt aus China, und man wolle dem Kriegsgegner keine Daten zukommen lassen. Unterstützung erhält diese Forderung von US-Konzernen aus dem Silicon Valley und von US-Geheimdiensten, die kriegswichtige Daten für Verhaftungen in Deutschland selber sammeln möchten.

In diesem Land regieren Mörder

KOMMENTAR von Paul Brandenburg

Drei Jahre Demokratiebewegung sind auch drei Jahre eines Irrtums. Es sind drei Jahre, nach denen wir erkennen müssen, dass etwas fehlt im Herzen dieser Republik.

In dieser Republik gibt es kein Bürgertum. In dieser Republik gibt es bis heute vor allen Dingen Untertanen. Es können keine Bürger sein, die in ihr die Mehrheit stellen. Bürger schreien nicht nach Führern, nach Erlösern und Verboten. Für Bürger zählt die Freiheit mehr als jeder Schein an Sicherheit. Bürger sind dem Staat nicht hörig – und schon gar nicht seinen Funktionären. Bürger wissen, dass sie es sind, denen Rechenschaft geschuldet wird in einem Staat; die Rechenschaft jeglicher Staatsgewalt. Aus dieser Einsicht und mit offenen Augen folgen Bürger den Gesetzen, doch niemals blind und aus Prinzip. Auf diese Selbstverständlichkeit baut unser Grundgesetz. Auf diese Selbstverständlichkeit haben auch wir gebaut, in all den Jahrzehnten scheinbarer Demokratie.

Heute, nach drei Jahren Terror, ist es Zeit, dass wir ehrlich fragen: Gab es je Bürgertum in dieser Republik – auch nur einen Ansatz jenes Selbstbewusstseins, da s Bürger erst aus Untertanen macht. Was bis vor drei Jahren noch als solches Selbstbewusstsein erschien, hat sich entlarvt als Arroganz. Als Überheblichkeit all jener Priveligierten, die sich nach der letzten Verheerung des Faschismus durch Glück wiederfanden auf der günstigen Seite einer Teilung. Der Überfluss ihrer Alimentierung führt uns heute direkt zur nächsten Korruption. In einen Endzustand der Saturiertheit und solch abgehobener Dekadenz der wenigen Profiteure, solch Realitätsverlust in Selbstbesoffenheit, dass ihnen nicht mehr klar ist, wer von ihnen Mädchen oder Junge ist.

Dass es die Menschen waren in Ostdeutschland, die unsere Irrung zuerst erkannten, kommt nicht von ungefähr. Sie kannten all die Stanzen und die Lügen, die heute nun von Baerbock kommen und von Scholz. Sie kannten all die hohlen Phrasen der Korrupten, die mit neuer Färbung heute den gleichen Zielen dienen wie schon damals. Es waren die Menschen in Ostdeutschland, die als einzige unserer Generation je begannen zu entwickeln, was dieser Republik bis heute fehlt: das Selbstbewusstsein ihrer Bürger.

Nach drei Jahren wissen wir: Es kann nicht so weitergehen wie bisher. In diesem Land regieren Mörder – sie werden es niemals eingestehen. Sie werden bis zum letzten Tag noch lügen und niemals zugeben, was wirklich war. Sie werden töten, immer wieder. Und trotzdem scheitern, wie die letzten mit übergroßem Terrorapparat. Am Mut und Selbstbewusstsein eben jenes Bürgertums, dass damals seinen Anfang fand.



Dr. Paul Brandenburg ist Journalist, Arzt und Publizist in Berlin. Er betreibt die Seite *PaulBrandenburg.com.*

SO STEHT ES IM GRUNDGESETZ

»Wir brauchen keine neue Uralt-Verfassung«, sagt DW-Autor und Rechtsanwalt Gordon Pankalla. Ein PLÄDOYER, die gegebenen und gebrochenen Versprechen des Grundgesetzes einzufordern.

Viele sprechen zur Zeit davon, wie das Grundgesetz zustande gekommen ist, und dass es keine Volksabstimmung hierzu gab. Man sollte jedoch vielmehr davon reden, was im Grundgesetz geändert wurde. Mit der Neuformulierung des Artikels 23, dem sogenannten Europaparagraphen, gab man die Unabhängigkeit genau in dem Moment wieder auf, als man sie vermeintlich wiedergewonnen hatte.



Demokratinnen am 13. September 2022 in Berlin mit dem Grundgesetz. Foto: Steve Schramm

Viele Teilnehmer der Berliner Querdenken-Demo von 29. August 2020 staunten vor zweieinhalb Jahren nicht schlecht, als Michael Ballweg und Ralf Ludwig kurzerhand das Verfassungscamp ausriefen. Das Thema sei nun in der Welt, meinte Michael Ballweg im Video und Ralf Ludwig nickte zustimmend. Dabei trägt Michael Ballweg noch das T-Shirt mit dem ursprünglichen Thema der Versammlung: »Berlin invites Europe«.

Seitdem haben wir es mit einer ganzen Reihe von »Nostalgikern« zu tun, die zur Paulskirchenverfassung von 1848, oder zur Verfassung von 1871 zurückkehren wollen, in dem Fehlglauben, das Grundgesetz sei nicht wirksam. Diesen »Nostalgikern«, die auch die Folgen des Zweiten Weltkriegs ignorieren wollen, sei gesagt: dass auch über die vorherigen Verfassungen niemals vom Volk abgestimmt wurde. Ich halte diese Diskussion für eine Ablenkung, oder wollen wir wirklich auch zu einem Standeswahlrecht zurückkehren, wo Arbeiter und Frauen gar nicht mitbestimmen durften? Jedenfalls war die Wiedervereinigung nach ganz überwiegender juristischer Ansicht, absolut rechtmäßig – nach der gleichen Reglung trat auch das Saarland der BRD bei.

WOZU SIND DDR-BÜRGER 1990 BEIGETRETEN?

Viel wichtiger dürfte es sein, sich anzuschauen, wie das Grundgesetz nach 1990 geändert wurde, mit dem neuen Artikel 23 des Grundgesetzes nach der Wiedervereinigung.

Im Artikel 23 des Grundgesetzes der neuen Fassung steht 1992: »Zur Verwirklichung eines vereinten Europas wirkt die Bundesrepublik Deutschland bei der Entwicklung der Europäischen Union mit, die demokratischen, rechtsstaatlichen, sozialen und föderativen Grundsätzen und dem Grundsatz der Subsidiarität verpflichtet ist und einen diesem Grundgesetz im wesentlichen vergleichbaren Grundrechtsschutz gewährleistet …«, die neue Präambel lautete nun auch: »Im Bewusstsein seiner Verantwortung vor Gott und den Menschen, von dem Willen beseelt, als gleichberechtigtes Glied in einem vereinten Europa dem Frieden der Welt zu dienen …«

Rechte sollen also abgegeben werden, nach Europa, aber nur dann wenn diese im Wesentlichen einen gleichwertigen Grundrechtsschutz bieten. Da stelle ich die These auf: dies ist längst nicht mehr der Fall. Die BRD hat 1990 keine neue Freiheit gewonnen, sondern im Gegenteil, waren wir von diesem Moment an »beseelt«, ein Glied in einem vereinten Europa zu werden. Nach zahlreichen neuen EU-Verträgen und ständigen Änderungen der Spielregeln, unter deren damaligen Voraussetzungen wir noch so beseelt gewesen sein sollen, ist davon leider wenig übrig geblieben. Von der Aufgabe der eigenen Währung mit dem Versprechen, wir haften nicht für die anderen Staaten, ganz zu schweigen. Auch die Engländer haben diese EU bereits verlassen – ohne Nazis zu sein. Vielleicht wollten die Engländer lieber Souveränität als eine neue Herrschaft von oben, auch wenn die Medien den Untergang der Briten schon seit Jahren heraufbeschwören.

WAS IST SO SCHLIMM AN DEMOKRATIE?

Im Jahre 2018 warb auch die damalige Kanzlerin Angela Merkel für die Abgabe nationaler Souveränitäten an die Europäische Union. »Nationalstaaten müssen heute – sollten heute, sage ich – bereit sein, Souveränität abzugeben«, so die damalige CDU-Vorsitzende bei einer Veranstaltung der Konrad-Adenauer-Stiftung zum Thema »Parlamentarismus zwischen Globalisierung und nationaler Souveränität« in Berlin. »Aber das natürlich in einem geordneten Verfahren.« Merkel hatte zuvor im Bundestag mit Blick auf den umstrittenen UN-Migrationspakt vor Nationalismus gewarnt.»Entweder man gehört zu denen, die glauben, sie können alles alleine lösen und müssen nur an sich denken. Das ist Nationalismus in reinster Form. Das ist kein Patriotismus. Denn Patriotismus ist, wenn man im deutschen Interesse auch andere mit einbezieht und *Win-Win*-Situationen akzeptiert.«

Als Patriotismus wird es nun also bezeichnet, wenn man seine Rechte aufgibt. Versuche auch nicht deine Probleme selbst zu lösen, ist die Devise, denn das können neben der EU nur noch andere supranationale Organisationen wie das WEF, die WHO, oder der Weltklimarat. Auch wenn diese, wie Ursula von der Leyen, niemals gewählt wurden. Ich bin nicht grade beseelt von diesem Zustand.

NICHT MAL ALS MACHTBLOCK ZU GEBRAUCHEN

Und was sagt die Politikwissenschaftlerin Ulrike Guérot dazu? Die Professorin, die in ihren Büchern so wunderbar gendert und meint, dies wäre doch egal, will die Flucht nach vorne antreten: nur noch ein europäisches Parlament. Genau der falsche Weg, den Frau Guérot einschlagen will. Die Lösung ist das Gegenteil, weg vom Zentralismus und zurück zur Souveränität der Staaten. Europa ist nicht die USA.

Apropos: Was will die NATO noch in Europa? Auch hier kam es 1990 zu einer Regelung die nicht verständlich ist, der Zwei-Plus-Vier-Vertrag. Damit wurden die Probleme aber nicht gelöst, die NATO ist ein Bündnis aus den Zeiten des Kalten Krieges. Als der Eiserne Vorhang fiel, gingen nur die Russen nach Hause, die Amerikaner blieben. Warum eigentlich? Warum dies so ist, sehen wir heute in der Ukraine. Die alte Frontlinie hat sich nämlich verschoben, von Berlin nach Kiew. Dort findet heute ein Stellvertreterkrieg zwischen den USA und Russland statt. Wer immer noch behaupten will, wir hätten mit dem Krieg nichts zu tun, wir liefern ja nur Waffen, dem ist nicht mehr zu helfen, der hat die Geschichte Europas verschlafen.

Wer eine Diskothek betreiben will, der braucht auch einen eigenen Türsteher. Diesen Türsteher hat die EU aber nicht. Diese EU, die sich immer weiter ausbreitet, kann nicht mal die eigenen Grenzen schützen. Die Ausdehnung der EU ist ausschließlich getrieben von geostrategischem Interesse einiger weniger, nicht aber vom Interesse von den Gründern und den Bürgern dieser EU. Damals hieß es noch, man wolle im globalen Wettbewerb eine größere Stimme haben, gegenüber China und den USA. Was ist aus dieser Stimme denn geworden? Wer sagt dem US-Präsidenten Joe Biden vernehmbar, dass Europa mal wieder die Zeche für US-Politik bezahlen muss und stellt Forderungen an die USA. Zum Beispiel: Wir wollen von euch zum Ausgleich das LNG-Gas zum gleichen Preis, zu dem die Russen uns das Gas verkauft haben. Ihr habt euch gefälligst an den Kosten für die Flüchtlinge, die wir nun wieder aufnehmen müssen zu beteiligen. So stelle ich mir eine EU-Politik vor und aus diesem Zweck haben wir sie damals auch gegründet.

DAS BESTE AN DER EU: DIE UEFA CHAMPIONS LEAUGE

Einen gleichwertigen Grundrechtsschutz bietet uns diese EU nicht, ebenso wenig, wie eine stabile Währung. Mit anderen Worten: Man hat uns 1990 verarscht und dies merken immer mehr Bürger, vor allem diejenigen, die damals dabei waren, als die Mauer gefallen ist. Mit netten Parolen wie: Wir haben nun eine Zeitenwende, lassen sich die Menschen nicht weiter abspeisen. Annalena Baerbock, die beim Mauerfall zehn Jahre alt war, kann dies nicht verstehen, aber auch sie wird es irgendwann verstehen *müssen*. Die EU ist längst gescheitert und kann allenfalls mit totalitären Mitteln noch zusammengehalten werden. Aus dem Friedensprojekt EU ist, so befürchte ich es, genau das Gegenteil geworden. Der Nationalismus wird in Europa wieder Einzug halten, man muss sich nur die Wahlergebnisse in Frankreich und Italien anschauen, um zu wissen wo wir wirklich stehen.

Auch emotional hat uns die EU niemals wirklich abgeholt, das größte gemeinsame Projekt war vielleicht die UEFA Champions League und danach kommt lange nichts. Reisefreiheit hatten wir früher auch und das Wechseln an der Grenze fand ich persönlich immer sehr nett. Neben den Streitigkeiten um das liebe Geld kommt nun noch dazu, dass wir uns für Bürger anderer Staaten verantwortlich und solidarisch zeigen müssen. Nur ist es so, dass ich, wenn ich an die Ukraine denke, da gar nichts fühle. Nichts. Im Gegenteil, die Ukraine interessiert mich genauso viel wie der Togo. Ich bin nicht bereit denen die Waffen für einen Krieg zu bezahlen, ich bin auch nicht bereit, denen Geld für einen Wiederaufbau zu bezahlen. Warum sollte ich das tun? Um eine Demokratie zu retten, eine Demokratie die ich im eigenen Land zumindest als gefährdet ansehe.

DIE EINFORDERUNG DER GEBROCHENEN VERSPRECHEN

Nein, bevor ich mir überhaupt darüber Gedanken mache, wie es an anderen Orten auf der Welt aussieht, will ich erst mal Ordnung im eigenen Laden herstellen und da gehört es auch dazu, dass ich auf die Zusagen bestehe, wie sie in Artikel 23 der Grundgesetzes niedergelegt sind und uns versprochen wurden: vergleichbarer Grundrechtsschutz, stabile Währung, keine Haftung für andere Staaten, keine Ost-Erweiterung. Sollte dies nicht der Fall sein, dann würde ich Artikel 23 so verstehen, dass wir diese EU verlassen sollten, bevor das Projekt Europa anstatt im Frieden in einer totalen Katastrophe enden wird. Vor Gott und den Menschen, will die BRD in einem vereinten Europa dem Frieden der Welt dienen, steht in der Präambel des Grundgesetzes. Wer immer mehr Waffen liefert, Verhandlungen als nutzlos ansieht und ruft wir – oder vielmehr die Ukrainer – müssen den Krieg gewinnen, der dient meiner Ansicht nach nicht dem Frieden in der Welt.

In dem Sinne: Bestehen sie auf unsere Verfassung, dass Grundgesetz. Stellen wir es nicht in Frage, sondern reiben sie es unseren Politikern immer wieder unter die Nase. Wir fordern die Einhaltung des Grundgesetzes, nicht mehr und nicht weniger.



Gordon Pankalla ist Demokrat und Rechtsanwalt in der Stadt Köln.



Leuchtturm ARD - ORF - SRG

AACHEN: Donnerstag ab 16 • WDR Studio • Karmeliterstraße 1-3
AUGSBURG: Samstag 15.30 • Augsburger Allg. • Maximilianstr. 3
BERLIN: Donnerstag ab 18 • RBB Studio • Masurenallee
BERLIN: Donnerstag 13.00 • ZDF Hauptstadtst. • Unter den Linden 36
BERLIN: Donnerstag 14.00 • ARD Hauptstadtst. • Wilhelmstr. 67a
CUXHAVEN: Sonntag ab 15 • Cuxhaven Nachr. • Kaemmererplatz 2
DESSAU: Montag 18.00 • Mitteldt. Zeitung • An der Friedensglocke
DORNBIRN: Donnerstag ab 14 • ORF Vorarlberg • Rundfunkplatz 1
DORTMUND: Montag 18.00 • WDR Rundfunk • Westfalenhalle
FRANKFURT: Donnerstag ab 15 • HR Studio • Bertramstr. 8
HAMBURG: Donnerstag ab 17 • NDR Studio • Rothenbaumchaussee 132
HAMBURG: Donnerstag ab 17 • NDR Tagesschau • Hugh Greene Weg 1
HANNOVER: Donnerstag ab 17 • NDR Funkhaus
• Rudolf v. Bennigsen Ufer 22
KASSEL: Mittwoch 11.30 • Radio FFH • Friedrich Ebert Str. 46
KIEL: Donnerstag 16.30 • NDR Studio • Schlossplatz 3
KOBLENZ: Montag 19.00 • Rheinzeitung • Clemensplatz
KÖLN: Donnerstag 13-18 • WDR Rundfunkrat • Gülichplatz
LEIPZIG: Montag 19.00 • MDR Sachsen • Augustusplatz
LÜBECK: Montag 17.45 • NDR Media • Docks Behnkai
MAGDEBURG: Montag 18.00 • MDR Sachsen • Eulenspiegelbrunnen
MAINZ: Donnerstag 16.15 • ZDF Studio • ZDF Str. 1
MÜNCHEN: Mittwoch ab 19ÜBR Hochhaus • Hopfenstr. 5
OELSNITZ: Dienstag ab 16 • Freie Presse Vogtl. • Wallstr. 1
POTSDAM: Donnerstag ab 18 • RBB Studio • Marlene-Dietrich-Allee 20
SAARBRÜCKEN: Donnerstag ab 16 • SR Saarland • St Johanner Markt
SCHWERIN: Donnerstag ab 15 • NDR Landesstudio • Schlossgartenallee 61
TÜBINGEN: Dienstag 17.15 • Schwäb.Tagblatt • Neckarbrücke
ÜBERLINGEN: Montag 18.00 • Südkurier • Hofstatt
WOLFSBURG: Samstag ab 11 • Wolfsb. Nachr. • Hugo-Borg-Platz
WÜRZBURG: Donnerstag ab 15 • Bürgerdialog • Dominikanerplatz

IMMER MONTAGS!

ALTLANDSBERG, 18 Uhr, am Rathaus – ALTHÜTTE, 18 Uhr, am Rathaus – ALTMÜNSTER, 18 Uhr, am Marktplatz – BABENHAUSEN, 18 Uhr, am Rathaus – BACKNANG, 18:30 Uhr, am Obstmarkt – BERLIN-KARLSHORST, 18:30 Uhr, Treskowalle Apotheke – BERLIN-LICHTENBERG, 18 Uhr, am Ringcenter 2 – CADOLZBURG, 18 Uhr, am Rathaus – CLOPPENBURG, 18 Uhr, am Rathaus – DARMSTADT, 18 Uhr, am Luisenplatz – DENKENDORF, 18 Uhr, am Rathaus – DORMAGEN, 18 Uhr, am Rathaus – ECHTERDINGEN, 18 Uhr, am Rathaus – EICHSTETTEN, 18 Uhr, am Rathaus – FLAMMERSFELD, 18 Uhr, am Verbandsgemeindehaus – FÜRSTENFELDBRUCK, 18 Uhr, am Volksfestplatz – GAMMERTINGEN, 18 Uhr, am Rathaus – GEILENKIRCHEN, 18 Uhr, am Wasserturm – HAFFKRUG, 18 Uhr, an der Seebrücke – HALDENSLEBEN, 18 Uhr, am Marktplatz – HARTENSTEIN, 19 Uhr, am Markt – ILLINGEN, 18 Uhr, am Rathaus – INGOLSTADT, 18 Uhr, am Paradeplatz – JAGSTHAUSEN, 18 Uhr, am Rathaus – KIEFERSFELDEN, 18 Uhr, am Rathaus – KUSTERDINGEN, 18 Uhr, am Rathaus – LAMSPRINGE, 18 Uhr, am Marktplatz – LAUENBURG, 18 Uhr, am Rathaus – LICHTENFELS, 18 Uhr, am Marktplatz – MAGDALA, 18

DEMOTERMINE DER VERFASSUNGSBEWEGUNG

Senden Sie uns die Termine Ihrer Veranstaltung an: veranstaltung@demokratischerwiderstand.de

Datum/Uhrzeit	Ort	Art
Sa, 25.3.2023 17-20 Uhr	Augsburg, Ladehofstraße	Umzug
Sa, 25.3.2023 13-16:50 Uhr	Berlin, Freienwalder Str. 15/ ggü. Gedenkstätte Hohenschönhausen	Autokorso
Sa, 25.3.2023 15-19 Uhr	Berlin, Rosa-Luxenburg-Platz	JUBILÄUMSDEMO
Sa, 25.3.2023 15-18 Uhr	Bochum, Dr.-Ruer-Platz	Umzug und Kundgebung
Sa, 25.3.2023 11-14 Uhr	Celle, Neumarkt	Umzug und Kundgebung
Sa, 25.3.2023 14-19 Uhr	Düsseldorf, Schadowplatz	Demo und Aufzug
Sa, 25.3.2023 15-18 Uhr	Eberbach, Leopoldsplatz	Zusammenkunft
Sa, 25.3.2023 15-16 Uhr	Hamburg, rund um die Binnenalster	Spaziergang
Sa, 25.3.2023 14:30-18 Uhr	Heidelberg, Neckarwiese Höhe Keplerstraße	Aufzug
Sa, 25.3.2023 15:30-18 Uhr	Kassel, Königsplatz	Demo
Sa, 25.3.2023 15-17 Uhr	Krumbach (Schwaben), Stadtgarten	Spaziergang
Sa, 25.3.2023 16-19 Uhr	Salzwedel, Rathausturmplatz	Spaziergang
So, 26.3.2023 18-20 Uhr	Falkensee, Alte Stadthalle	Gottesdienst
So, 26.3.2023 14:30-17 Uhr	Köln, Heumarkt	Kundgebung
Mo, 27.3.2023 19-20:30 Uhr	Aachen, Rathaus Markt	Spaziergang
Mo, 27.3.2023 18-20 Uhr	Anger/Oberbayern, Dorfplatz	Spaziergang
Mo, 27.3.2023 18-20 Uhr	Augsburg, wechselnde Startpunkte (bf-schwaben.de)	Spaziergang
Mo, 27.3.2023 19-21 Uhr	Bad Bergzabern, am Schloss	Spaziergang
Mo, 27.3.2023 18-20 Uhr	Bad Honnef/NRW, Rathausplatz	Spaziergang
Mo, 27.3.2023 18-20 Uhr	Bad Reichenhall, am Rathausplatz	Spaziergang
Mo, 27.3.2023 18-19 Uhr	Balingen, Marktplatz	Spaziergang
Mo, 27.3.2023 19-20:30 Uhr	Bayern, Marktoberdorf am Marktplatz	Spaziergang
Mo, 27.3.2023 19-21 Uhr	Belgern/Sachsen, Markt	Spaziergang
Mo, 27.3.2023 18:30-21 Uhr	Berlin-Karlshorst, Treskow Apotheke	Spaziergang
Mo, 27.3.2023 18-20 Uhr	Berlin-Lichtenberg, Frankfurter Allee- am Ringcenter II	Spaziergang
Mo, 27.3.2023 12-14 Uhr	Berlin-Wedding, Nordufer 20	Mahnwache
Mo, 27.3.2023 18-20 Uhr	Bernau, Rathaus	Demoaufzug
Mo, 27.3.2023 18:30-21 Uhr	Brackenheim (Ba-Wü), Heilbronner/Bandhausstr.	Aufzug mit Abschlusskundgebung
Mo, 27.3.2023 18-20:30 Uhr	Bruchsal, Marktplatz/Rathaus	Kundgebung und Aufzug
Mo, 27.3.2023 19-21 Uhr	Cottbus, Oberkirche	Lichterspaziergang
Mo, 27.3.2023 17-20 Uhr	Darmstadt, Ludwigsplatz	Mahnwache
Mo, 27.3.2023 19-21 Uhr	Dinslaken, am Rittertor	Spaziergang
Mo, 27.3.2023 18-21 Uhr	Delmenhorst, Kiosk an der Graft	Spaziergang
Mo, 27.3.2023 18-21 Uhr	Duisburg, Rathaus am Burgplatz	Spaziergang
Mo, 27.3.2023 18-21 Uhr	Eberswalde, im Bildungszentrum, Puschkinstr.13	3. Runder Tisch Corona Aufarbeitung
Mo, 27.3.2023 18-20 Uhr	Eberswalde, Marktplatz	Kundgebung
Mo, 27.3.2023 18:30-19 Uhr	Eichwalde, Bahnhofstr./Am Graben	Spaziergang
Mo, 27.3.2023 18-20 Uhr	Eisenhüttenstadt, Friedrich-Wolf-Theater	Spaziergang
Mo, 27.3.2023 18-20 Uhr	Falkensee, alte Stadthalle	Spaziergang
Mo, 27.3.2023 18-20:30 Uhr	Frankfurt am Main, Konstablerwache	Spaziergang
Mo, 27.3.2023 18:30-21 Uhr	Gifhorn, Schillerplatz	Spaziergang
Mo, 27.3.2023 18:30-21 Uhr	Görlitz, Postplatz	Versammlung
Mo, 27.3.2023 19-21 Uhr	Greifswald, Mühlentor	Demo
Mo, 27.3.2023 19-21 Uhr	Hamburg, Blankeneser Marktplatz	Spaziergang
Mo, 27.3.2023 18-21 Uhr	Hamburg, Bergstedter Markt	Spaziergang
Mo, 27.3.2023 18-20 Uhr	Hameln, am Hochzeitshaus	Spaziergang
Mo, 27.3.2023 18:30-20 Uhr	Heidelberg, am Bismarckdenkmal	Spaziergang
Mo, 27.3.2023 19-21 Uhr	Hennef/Sieg, Rathaus	Spaziergang
Mo, 27.3.2023 18-19:30 Uhr	Jülich, Marktplatz	Spaziergang
Mo, 27.3.2023 18:30-20:30 Uhr	Kaiserslautern, Innenstadt	Spaziergang
Mo, 27.3.2023 18-21 Uhr	Kaufungen, am Kreisel	Spaziergang
Mo, 27.3.2023 18-20 Uhr	Konstanz, Augustinerplatz	Spaziergang
Mo, 27.3.2023 18-20 Uhr	Konstanz, Münsterplatz	Demoaufzug
Mo, 27.3.2023 18-20 Uhr	Korschenbroich, Eingang Stadtverwaltung	Spaziergang
Mo, 27.3.2023 18-21 Uhr	Köln, Roncalliplatz	Spaziergang
Mo, 27.3.2023 18-20 Uhr	Königs Wusterhausen, Kirchplatz	Spaziergang
Mo, 27.3.2023 18-20 Uhr	Landshut, Ländertorplatz	Spaziergang
Mo, 27.3.2023 18-21 Uhr	Leer/Ostfriesland, Denkmalsplatz	Spaziergang
Mo, 27.3.2023 19-21 Uhr	Lippstadt, Rathausplatz	Spaziergang
Mo, 27.3.2023 18-21 Uhr	Magdeburg, Domplatz	Demo
Mo, 27.3.2023 18-20 Uhr	Mannheim, Ehrenhof des Schlosses	Spaziergang
Mo, 27.3.2023 18-20 Uhr	Marbach am Neckar, Schillerdenkmal	Spaziergang
Mo, 27.3.2023 18-20 Uhr	March/Breisgau, Bürgerhaus	Spaziergang
Mo, 27.3.2023 18:30-21 Uhr	Mindelheim, Maximilian Straße 26	Spaziergang
Mo, 27.3.2023 19-20:30 Uhr	Naumburg, Vogelwiese	Spaziergang
Mo, 27.3.2023 19-21 Uhr	Norderstedt, Kino Spektrum	Spaziergang
Mo, 27.3.2023 18:30-20:30 Uhr	Nürnberg, Kornmarkt	Spaziergang
Mo, 27.3.2023 18-20 Uhr	Oldenburg, Rathausmarkt	Spaziergang
Mo, 27.3.2023 18-20 Uhr	Oranienburg, Schloßplatz	Kundgebung
Mo, 27.3.2023 18-20 Uhr	Pforzheim, Marktplatz	Spaziergang
Mo, 27.3.2023 18-20 Uhr	Potsdam, vor dem Filmmuseum	Mahnwache
Mo, 27.3.2023 19-21 Uhr	Prien am Chiemsee, vor dem Rathaus	Spaziergang
Mo, 27.3.2023 18-21 Uhr	Reinheim, Stadtpark	Spaziergang
Mo, 27.3.2023 16:30-17:15 Uhr	Rostock, Stadthafen	Schildermahnwache
Mo, 27.3.2023 18-20 Uhr	Rotenburg (Wümme), Neuer Markt	Spaziergang
Mo, 27.3.2023 18-20 Uhr	Rottweil, Markt	Spaziergang
Mo, 27.3.2023 18-20 Uhr	Salzwedel, am Rathausplatz	Spaziergang
Mo, 27.3.2023 19-21 Uhr	Sauerlach/Bayern, Markt	Spaziergang
Mo, 27.3.2023 18-20 Uhr	Seeheim-Jungenheim, Rathaus	Demo
Mo, 27.3.2023 18-21 Uhr	Senftenberg, Marktplatz	Spaziergang
Mo, 27.3.2023 18-20 Uhr	Siegen, Jakob- Scheiner-Platz	Spaziergang
Mo, 27.3.2023 18:45-20:15 Uhr	Solingen, Am Neumarkt	Spaziergang
Mo, 27.3.2023 17-19 Uhr	Stadthagen, Marktplatz	Montagsdemo
Mo, 27.3.2023 18-21 Uhr	Stralsund, Olof-Palme-Platz	Kundgebung und Aufzug
Mo, 27.3.2023 18-19 Uhr	Sulz am Neckar, Marktplatz	Spaziergang
Mo, 27.3.2023 18-20 Uhr	Tettnang beim Bodensee, Rathausplatz	Spaziergang
Mo, 27.3.2023 18-20 Uhr	Vaterstetten in Oberbayern, Rathaus	Spaziergang
Mo, 27.3.2023 18:30-21 Uhr	Villingen-Schwenningen, Am Alten Rathaus	Spaziergang
Mo, 27.3.2023 18:30-20:30 Uhr	Walsrode/ Heidekreis, Rathaus	Spaziergang
Mo, 27.3.2023 18-21 Uhr	Wesseling/NRW, Sankt Germanus Kirche	Demo
Mo, 27.3.2023 19-20:30 Uhr	Weimar, Theaterplatz	Demo
Mo, 27.3.2023 18-20 Uhr	Wismar, Markt	Versammlung
Mo, 27.3.2023 19-21:30 Uhr	Zehdenick (Brandenburg), Marktplatz	Demo und Kundgebung
Di, 28.3.2023 18-21 Uhr	Bernau bei Berlin, Rathaus	Spaziergang
Di, 28.3.2023 18-20 Uhr	Ortenberg/Hessen, Marktplatz	Spaziergang
Di, 28.3.2023 18-20 Uhr	Varel, Rathaus	Spaziergang
Di, 28.3.2023 19-21 Uhr	Wesel am Niederrhein, Martinistraße 6-8	Spaziergang
Di, 28.3.2023 19-21 Uhr	Wolgast, Am Kai	Demoaufzug
Mi, 29.3.2023 19-21 Uhr	Geisa, Am Kulturhaus	Spaziergang
Mi, 29.3.2023 17-19 Uhr	Landshut, Martinskirche	Andacht
Mi, 29.3.2023 19-21 Uhr	Mehrhoog/NRW, Begegnungsstätte	Demo
Mi, 29.3.2023 18-21 Uhr	München, Odeonsplatz	Umzug
Mi, 29.3.2023 19-21 Uhr	Naumburg (Saale), Vogelwiese	Offenes Mikrofon
Mi, 29.3.2023 18-19:30 Uhr	Neckarsulm, Felix-Wankel-Straße/Marktstraße	Treffen
Mi, 29.3.2023 19-20:30 Uhr	Neckartailfingen, Schulhof Liebenauschule	Spaziergang
Mi, 29.3.2023 19-20:30 Uhr	Schulzendorf, Rathaus (Richard-Israel-Str.)	Spaziergang
Do, 30.3.2023 18-21 Uhr	Baunatal, am Marktplatz	Spaziergang
Do, 30.3.2023 17:30-18:30 Uhr	Berlin, Tempelhofer Damm/ Ecke M.-v.-Richthofen-Str.	Schilderdemo
Do, 30.3.2023 18-21 Uhr	Demmin, Am Marienhain	Demo
Do, 30.3.2023 17:30-19 Uhr	Hanau, Großauheim, Rochusplatz	Mahnwache
Do, 30.3.2023 19-21 Uhr	Hennef/Sieg, Rathaus	Spaziergang
Do, 30.3.2023 18:30-21 Uhr	Landsberg/Saalekreis, Markt	Spaziergang
Do, 30.3.2023 17-18:30 Uhr	Rostock, Brunnnen der Lebensfreude	Kundgebung
Do, 30.3.2023 19-21 Uhr	Warstein, am Rathausplatz auf der Treppe	Dialog
Fr, 31.3.2023 18-20 Uhr	Raesfeld/NRW, Rathausplatz	Demo
Sa, 1.4.2023 17-20 Uhr	Augsburg, Ladehofstraße	Umzug
Sa, 1.4.2023 15-19 Uhr	Düsseldorf, Johannes-Rau-Platz	Demo und Umzug
Sa, 1.4.2023 15-18 Uhr	Eberbach, Leopoldsplatz	Zusammenkunft
Sa, 1.4.2023 13-18 Uhr	Emden, Hafentorplatz	Grundrechtsdemo
Sa, 1.4.2023 14-17 Uhr	Freiburg im Breisgau, Platz der Alten Synagoge	Demoaufzug
Sa, 1.4.2023 13-18 Uhr	Göttingen, Bahnhofsplatz	Kundgebung
Sa, 1.4.2023 18-20 Uhr	Kirchen (Sieg), Rathaus	Spaziergang
Sa, 1.4.2023 15:15-17 Uhr	Krumbach (Schwaben), Stadtgarten	Spaziergang
Sa, 1.4.2023 15:30-18 Uhr	Pforzheim, Marktplatz	Demo
Sa, 1.4.2023 15-17 Uhr	Rostock, Rosengarten	Kundgebung und Aufzug
Mo, 3.4.2023 18-20:30 Uhr	Bruchsal, Marktplatz/Rathaus	Kundgebung und Aufzug
Mi, 5.4.2023 18-20 Uhr	Heidelberg, Schwanenteichanlage	Demo
Mi, 5.4.2023 18:30-21 Uhr	Huckarde, am Marktplatz	Spaziergang

Veranstaltungstermine bitte an die E-Mailadresse *veranstaltung@demokratischerwiderstand.de* senden.
Aktuelle Informationen: https://nichtohneuns.de + NEWSLETTER ABONNIEREN

DIE MEDIENREVOLUTION

Jimmy Gerum, Initiator der Initiative Leuchtturm ARD zieht Bilanz zu drei Jahren Widerstand.

Es war genau vor drei Jahren, als die Welt irgendwie anders geworden ist. Der erste hat viele von uns überrascht oder verängstigt. Mir ist damals ein Stein vom Herzen gefallen, ich fühlte mich plötzlich erleichtert. Ich fühlte das Ende einer dunklen Zeit.

Ich erkannte aufgrund meines Vorwissens sofort den geopolitischen Hintergrund und die Hoffnung keimte auf, dass die Heuchelei nun ein Ende findet. Das wird die Menschheit nicht mehr hinnehmen, nun beginnt endlich der globale Aufwachprozess, so dachte ich. Mich überraschte dann doch der Erfolg dieses globalen Experiments und der viele Schmerz, den es uns im Laufe dieser Jahre kostete.

Andererseits sehe ich aus heutiger Sicht einen großen Erfahrungsschatz der Entwicklung unserer aufrechten Bewegung für Demokratie, Grundrechte, Freiheit und Frieden. Ich schöpfte Hoffnung, als sich das engagierte dezentrale Netz der Querdenker entwickelte. Welche Ehre, dass man uns mit einem Begriff bedachte, der bisher nur Vordenkern wie Albert Einstein vorbehalten war.

Dann kam der Evolutionsschritt der Spaziergängerbewegung und ihre beeindruckende Dynamik wurde der Auslöser meiner Entscheidung die Arbeitsgemeinschaft Redlicher Diskurs zu gründen, das Aktionsbündnis Leuchtturm ARD. Denn die öffentliche Meinung und damit die Medien sind die Achillesferse des transnationalen Interessengeflechtes, wie das Julian Assange treffend bezeichnet. Die Kontrolle über die Medien ermöglicht die Kriege dieser Welt, und der Verlust dieser Kontrolle brächte die Menschlichkeit zurück, ich nenne diese mögliche Zukunft das Zeitalter der Aufrichtigkeit.

Diese epochale Zeitenwende kann nur durch die kraftvolle und vereinigte Stimme der Bevölkerung gelingen, deshalb ist der Mut und das Herz der Spaziergänger die erste Voraussetzung dieser Vision.

Im März 2023 gelang der erste Durchbruch unserer Bürgerinitiative Leuchtturm ARD ORF SRG. Viele Spaziergänge laden nun die Redaktionen ein und rufen den gesamten Journalismus zur Verantwortung. Unsere Initiative wird im Rundfunkrat ernst genommen, Herr Prof. Griffke setzt sich mit unseren Forderungen auseinander und gerät unter Druck. Viele Mitarbeiter der Redaktionen sprechen uns Mut zu und hoffen auf die Befreiung aus ihrem Korsett.

Ich werde Optimist geschimpft. In Wirklichkeit bin ich Analyst. Ich sehe die Kraft unserer Gemeinschaft, die Berge versetzen kann. Und ich sehe die große Herausforderung, zusammenzustehen für ein gemeinsames Ziel. Was mich an einen Erfolg glauben lässt, ist unsere gemeinsame Erfahrung der letzten drei Jahre. Es wächst zusammen, was zusammen gehört. Das Zeitalter der Aufrichtigkeit wird beginnen. Es geht nur gemeinsam.



Mit dem Abstand von drei Jahren: DW-Herausgeber Anselm Lenz (li.) im März 2020 auf dem Rosa-Luxemburg-Platz in Berlin und der Flyer zur Jubiläumsdemo 2023. Foto: DW



JUBILÄUM: Am 25. März 2023 feiert die Demokratiebewegung auf dem Berliner Rosa-Luxemburg-Platz drei Jahre Widerstand.

»Volk durfte nie über seine Verfassung abstimmen«

Gemeinwohllobby kooperiert für Verfassungserneuerung

DW: Frau Grimmenstein-Balas, in der Neuerscheinung »Die Zukunft beginnt heute« schreiben Sie zum Thema der Verfassungserneuerung. Was meinen Sie damit?

Marianne Grimmenstein-Balas: Wenn altvertraute Mechanismen und Regeln nicht mehr helfen können, ist ein Struktur- und Bewusstseinswandel absolut notwendig. Wir brauchen also dringend neue Rahmenbedingungen beziehungsweise Regeln, die uns die Bewältigung der gegenwärtigen Krise ermöglichen. Die meisten drängenden Probleme in unserem Land sind auf Lücken des Grundgesetzes zurückzuführen, so zum Beispiel die mangelnden Kontrollen und Mitwirkungsmöglichkeiten der Politik durch die Bürger, was zu einem institutionalisierten Machtchaos geführt hat, über das der einfache Wähler längst den genauen Überblick verloren hat. Unser Grundgesetz hat nicht die geeigneten Regeln, um der zunehmenden Spaltung unserer Gesellschaft, der Bedrohung durch Umweltzerstörung und dem entstandenen Machtchaos genügend vorbeugend entgegenzusetzen. Dass das Grundgesetz ständig verändert wurde, beweist, dass es von vornherein nicht weit genug in die Zukunft schaute. Es wurde von 1951 bis 2017 zweihundertsiebenundzwanzigmal geändert. Sehr viele dieser Änderungen bedienen Kapitalinteressen und vernachlässigen damit das Gemeinwohl. Noch dazu durfte das deutsche Volk über das Grundgesetz nie abstimmen, obwohl die Alliierten das damals verlangt haben.

DW: Warum setzen Sie sich mit der Gemeinwohllobby dafür ein?

M.G.B.: Die Wirtschaft ist krank, die Energiesicherheit ist Geschichte, die innere Sicherheit hat große Lücken, Arbeitsplätze werden rasant vernichtet und die Armut wächst. Gleichzeitig wird auch unser Rechtsstaat zerstört. Es drohe ein reales Staatsversagen, heißt es, obwohl Deutschland voll von zukunftsweisenden, innovativen Ideen ist. Verfassungsfragen sind Lebensfragen, Alltagsfragen. Sie gehen uns alle an, denn die Verfassung definiert den Rahmen, in dem wir leben und unser Zusammenleben gestalten.



So beschreibt Marianne Grimmenstein-Balas ihre Projektarbeit: »Die Bürgerinitiative Gemeinwohllobby wurde 2019 gegründet. Wir haben ein Koordinationsteam aus zehn Leuten. Davon sind die Hälfte Rentner. Die andere Hälfte, die berufstätig ist, erledigt ihre übernommenen Arbeiten so, wie sie Zeit haben, meistens nach Feierabend. Es klappt ganz gut. In der Bürgerinitiative arbeitet jeder ehrenamtlich. Es gibt keine Mitgliedsbeiträge und auch Spenden werden nicht angenommen.« Internetadresse: gemeinwohl-lobby.de. Foto: buergerkandidaten.de

Wir brauchen in unserer Gesellschaft dringend eine breite Diskussion über die Einstellung zum Mitmenschen, zur Umwelt und zu den ethischen Fragen des täglichen Lebens. Wir brauchen eine Entscheidung darüber, ob es weiterhin möglich sein soll, dass die Kapitalinteressen einen größeren Einfluss auf den Umgang mit unserer Welt und auf unsere Lebensbedingungen haben als die Interessen der Menschen im Lande. Ein Volk, das sich eine Verfassung gegeben hat, ist über sich selbst aufgeklärter, denn Verfassungen sind Formen der Selbstwahrnehmung und Selbstorganisation. Da das deutsche Volk noch nie in seiner Geschichte selbst darüber frei entscheiden konnte, wie die Menschen in diesem Land miteinander leben möchten, ist es an der Zeit, endlich das zu tun.

DW: Was sind Ihre nächsten Vorhaben damit und würden Sie zum Beispiel mit dem langjährigen Verfassungserneuerer Ralph Boes und NichtOhneUns.de kooperieren?

M.G.B.: Wir sind dabei, nach den Vorschlägen der Bürger eine Diskussionsvorlage zu einer neuen Verfassung unter dem Namen »GesellschaftsFAIRtrag« zu erstellen. Gleichzeitig hat die Bürgerinitiative Gemeinwohllobby angefangen, einen Volksentscheid zur Volksgesetzgebung auf Bundesebene zu organisieren. Aus kurzfristigen Profitinteressen von Wenigen werden die Lebensgrundlagen unserer Gesellschaft systematisch vernichtet. Ein »Weiter so« geht nicht mehr! Wir können nicht mehr länger warten, dass unsere Politiker sich aufs Gemeinwohl besinnen. Wir sind in der Verantwortung auch für die nachkommenden Generationen. Um die dringend notwendigen Entscheidungen treffen zu können, brauchen wir Volksgesetzgebung – Volksinitiative, Volksbegehren, Volksentscheid – auf Bundesebene, wo die wichtigsten Entscheidungen fallen. Dazu ist ein regelndes Ausführungsgesetz notwendig, das uns bis jetzt die Politiker verweigert haben. Deshalb geben wir uns es jetzt selbst. Die Wahlberechtigten werden zur Auswahl bei der Abstimmung vier Gesetzvorschläge von vier verschiedenen Organisationen erhalten: SPD, Partei Die Linke, Mehr Demokratie e.V. und die Bürgerinitiative Gemeinwohllobby. Kooperation? Kooperation ist die Zukunft! Die Bürgerinitiative Gemeinwohllobby ist bereit, mit jeder Gruppe zu kooperieren, die die Entscheidungsfreiheit der Menschen in diesem Land achten und dafür sich einsetzen.

DW: Frau Grimmenstein-Balas, wir danken Ihnen für das Gespräch.

Die Fragen stellte Anselm Lenz

DIESE WOCHENZEITUNG

VERTEILEN, AUSLEGEN, VERKAUFEN

WARUM?

- Der »Demokratische Widerstand« erscheint wöchentlich seit dem 17. April 2020.

- Mit der gedruckten Zeitung erreichen wir Menschen, die sonst nur der Konzern- und Regierungspresse ausgeliefert sind.

- Verteilen Sie den Widerstand, halten Sie andere auf dem Laufenden und klären Sie auf: beim Spazierengehen, in Briefkästen, im Geschäft, im Betrieb, in der Fußgängerzone.

- Die Zeitung ist analog, somit auch von *Big Tech* unabhängig und unzensierbar.

- Nach dem Kollaps der Presse: Bauen wir gemeinsam eine neue Wochenzeitung in deutscher Sprache auf.

WIE KOMMEN SIE AN DIE ZEITUNGEN?

- Geben Sie doch einfach auf **demokratischerwiderstand.de/verteilen** die Adresse an, an die wir die Zeitungen liefern sollen. Wir geben Ihre Daten nicht weiter. Wenn Sie kein Internet nutzen, fragen Sie jemanden, dem Sie vertrauen, ob er das für Sie erledigen kann.

- Wählen Sie aus, wie viele Zeitungen Sie verteilen wollen. Nicht übertreiben.

- Überweisen Sie die anfallenden Unkosten für Druck, Versand und Steuern.

- Bei der Überweisung schreiben Sie in das Betreff-Feld noch einmal Ihren Namen und Ihre Anschrift, damit wir ihre Zahlung sicher zuordnen können.

- Jeder Zahlungseingang wird einer Bestellung zugeordnet.

- Zahlungseingänge werden bis einschließlich Montag für den Druck und Versand der kommenden Zeitung berücksichtigt. Spätere Eingänge werden automatisch der darauffolgenden Ausgabe zugeordnet.

- Beim Verteilen erhaltene Spenden gehen an den Verteiler. Bei größeren Summen freut sich die Redaktion über einen Anteil, der ihr zusteht. Hier bereichert sich niemand.

BESTANDS-AUFNAHME



DIE JOURNALISTEN UND MEDIENENTWICKLER KAYVAN SOUFI-SIAVASH (KENFM, APOLUT.NET) UND ANSELM LENZ (DW-ZEITUNG, DEMOKRATISCHERWIDERSTAND.DE) IN DER BESTANDSAUFNAHME.

- CORONA-DÄMMERUNG: LAUTERBACH UND SPAHN FALLEN. WAS IST MIT DEN ANDEREN?
- VERLUSTMELDUNG: ALTERNATIVMEDIEN WIE APOLUT.NET STÄRKEN!
- GEMEINSAMES MANÖVER: CHINESISCHE, RUSSISCHE UND IRANISCHE EINHEITEN IM GOLF VON OMAN.

K.S.S.: Lauterbach hat ja gesagt, dass die Impfung nebenwirkungsfrei sei. Zuletzt sagte er, das sei »unglücklich formuliert«, er habe überreagiert, er habe übertrieben. Er hat das dann so weggelächelt. Das macht mich in der Tat sehr, sehr wütend.

A.L. Dem kann ich mich nur anschließen. Unter anderem hatte der Bundesgesundheitsminister im November 2021 veröffentlicht, wörtlich: »Das gesamte öffentliche Leben muss auf 2G reduziert sein, die Kontrollen mit Strafen unangenehm und teuer. Ich weiß, das sind zentrale Mittel. Die Ungeimpften müssen das ertragen, weil, wenn man ehrlich ist, sie auch mit dem Leben der anderen spielen.« Das sagte er, als er gerade Jens Spahn, einen der ebenso Verantwortlichen, gerade im Amt abgelöst hatte. Wer »mit dem Leben der anderen spielt«, das sind eben diese zwei. Und Lauterbach ist ja nun einer der fanatischsten Protagonisten des Injektionsregimes. Er hängt also voll mit drin, auch wenn er am Ende sagen wird, »ich war ja auch nur ausführende Kraft«, und, wie man sieht, auch schon dabei ist, wenn er heute sagt, es sei nur mal so irgendeine Aussage gewesen mit den »nebenwirkungsfreien« Injektionen. Nein, das ist ihm nicht mal so rausgerutscht! Der hat die Injektionen der Pharmakonzerne immer wieder beworben. Bei einem Bundesgesundheitsminister muss man dazu sagen: Der wusste damals schon um die Nebenwirkungen. Er hat bewusst gelogen wie sein Amtsvorgänger Jens Spahn auch schon.

K.S.S.: Gegen diese Lüge des Bundesgesundheitsministers hat ja auch eine Klage stattgefunden und der wurde nicht stattgegeben. Als Begründung hieß es von dem Gericht, das sei durch die Meinungsfreiheit gedeckt. Aber man muss rückfragen: »Moment, das sagt der Mann doch als Minister!« – Wenn der Minister die Unwahrheit sagt, dann ist das durch die Meinungsfreiheit gedeckt? Damit wären Lügen in einem politischen Amt ja praktisch folgenlos, dann ist ja alles irgendwie Meinungsfreiheit. Daran sieht man, dass die Justiz allmählich Probleme bekommt. Sie hat ja eine wesentliche Rolle gespielt beim Kassieren von Grundrechten, zum Beispiel dabei, zu verbieten, die Stimme auf der Straße zu erheben. Also gegen jene, die sagten: »Wir wollen uns diese Spritze nicht geben lassen, für die der Hersteller nicht haftet!« Ich in ja in einem Dialog mit der Mainstream-Journalistin Mo Asumang, die mich auch mal interviewt hat und dann in einer Art Bericht so dargestellt hat, als wäre ich ein vollkommener Schwachkopf. Nachdem ich sie auf einem Friedhof fragte, warum der Hersteller nicht hafte und womit der Hersteller dann wohl rechne, fragte sie zurück, ob ich neidisch sei auf das viele Geld von Bill Gates. Auf diesem Niveau ist das angekommen. Neulich im Chat schrieb sie mir, sie bleibe dabei: Die Impfung war toll und außerdem wäre ja niemand gezwungen worden. Dabei hieß es fast überall, »entweder geimpft oder Jobverlust«. Das war Erpressung und wenn das »freiwillig« ist, dann weiß ich auch nicht.

Mehr Bestandsaufnahme über *Apolut.net* sowie *DemokratischerWiderstand.de/Presseklub*

»Zurück zur Normalität«

Im DW-Interview spricht der »rechte« Verleger Götz Kubitschek über seine Teilnahme an der Friedensdemo.

Links gegen rechts? Diesmal spreche ich gewissermaßen einen alten Verwandten. Bis vor Kurzem teilten wir nicht viel mehr als den Beruf: Buchstaben auf Papier, Schwarz auf Weiß. Der eine galt als das politisch rechte – aber erfolgreiche – Feindbild schlechthin. Ich hatte mir als zumindest nicht ganz einflussloser »linker« Publizist bei hochbezahlten Linksfunktionären sagen lassen müssen, es sei – wörtlich – »eine große Ehre« überhaupt eine Audienz zu bekommen. Hier reicht ein Anruf und es geht los.

DW: Herr Kubitschek, sie sind Gründer des Antaios-Verlages und der Zeitschrift *Sezession*. Wenn Sie Ihr Verlagsprogramm auf eine einzige Formel bringen müssten, wie würde diese ausfallen?
Götz Kubitschek: Wir sind seit dreiundzwanzig Jahren eine nicht für möglich gehaltene Provokation für den etablierten Denkbetrieb in Deutschland.

DW: Warum haben Sie sich am 25. Februar der Friedensdemonstration mit Wagenknecht und Schwarzer angeschlossen?
G.K.: Haben meine Frau und ich uns angeschlossen? Wir haben uns das still und vom Rande her angeschaut. Ich misstraue dieser Form professionellen Widerstands. Mir war zuviel Distanzierung dabei. Zwar stehe, so die Redner, die Atomkrieg-Uhr anderthalb Minütchen vor Zwölf – aber trotzdem wolle man nicht, dass sich die AfD, die Rechten, wir also, mit an den Zeiger hängten, um ihn aufzuhalten. Wir waren also dort, um zwischen den Zeilen mitgeteilt zu bekommen, das »rechts« schlimmer sei als »Atomschlag«.

DW: Für viele Berliner von ehemals CDU bis ehemals Linkspartei dürfte es trotzdem irritierend sein, dass Sie sich als ein Pegida-Redner zur neuen außerparlamentarischen Opposition gesellen. Denn Pegida galt vielen als Ausgeburt von »Mölln und Hoyerswerda«. War das so, ist das so?
Nein, so war das nicht. Damals kamen die Begriffe »Lügenpresse« und »Lückenpresse« nicht aus dem Nichts auf, sondern weil der demonstrierende Bürger beim morgendlichen Blick in die Zeitung sich zuerst verwundert, beim zweite Mal verärgert und von da an fassungslos und höhnend fragte, ob es in derselben Stadt zur selben Zeit unter demselben Motto zwei ganz unterschiedliche Demonstrationen gegeben



Böser Onkel oder verkürztes Feindbild? Der erfolgreiche Verleger Götz Kubitschek bei einer Demonstration im Jahr 2015. Foto: Metropolico (CC/gemeinfrei)

habe. Ein wichtiger Teil unserer Aufgabe bestand darin, diesen friedlichen Bürgern immer wieder zu sagen, dass ihre Wahrnehmung nicht trüge: Es war ja tatsächlich so, dass die begleitende Polizei zunächst mit ein paar Verkehrslotsen auskam, obwohl sich tausende Menschen durch die Straße schoben. Später dann, als der Protest gegen Pegida massiv wurde, standen die Polizisten grundsätzlich mit dem Rücken zu uns, weil sie wussten, dass von hier aus keine Übergriffe stattfinden würden. Dies ist der Grund, warum wir uns nicht zur außerparlamentarischen Opposition hinzugesellten, obwohl Sie das vermuten: Solange Wagenknecht und Schwarzer die Mauer gegen uns hochzuziehen helfen, bin ich bloß Beobachter. Es gibt keine klinisch reine Opposition, und wer den von *Establishment* vorgesagten Hygienestandard akzeptiert, kann nicht Opposition sein.

DW: Gibt es nur einen einzigen Protest- und Aufwachprozess, der am Ende in der Mitte zusammenfinden kann? Falls ja, wo würde diese Mitte etwa liegen? In Kassel? Im Christentum? Gar in der AfD?
G.K.: Die Querdenker-Demos waren viel machtvoller, viel virulenter, viel unkontrollierbarer als das, was Wagenknecht aufführt, das wissen Sie selbst doch am besten. Da war die Bedrohung durch den Maßnahmenstaat, seine Verlogenheit, seine Überheblichkeit, seinen Durchgriffsrausch so offensichtlich, dass man im Kampf dagegen buchstäblich nicht mehr nach links und rechts schaute. Wagenknecht hingegen sortierte auf der Bühne fein säuberlich die immer schon um Menschlichkeit bemühte Linke und die schon immer in Panzerschlachten denkende Rechte auseinander – erzählte also zum einen Quatsch und sprach zum anderen als Parteipolitikerin, die jenes Wasser abzugraben beginnt, das derzeit auf die Mühlen der einzigen ernsthaften Opposition Deutschlands fließt: nach rechts.

Aber Ihre Frage ist damit noch nicht beantwortet, daher: Es gibt seit zehn Jahren Wellen, Bewegungen, Höhepunkte, Ansätze – aber es zeigt sich keine Mitte. Was sich zeigt, ist eine immer breiter aufgestellte Rechte, gegen die geriegelt, gekämpft, gelogen wird, kurz: gegen die »die Mitte« eine totale Mobilmachung ausgerufen hat. Vielleicht verstehen Sie, dass ich deshalb über »Mittiges« nicht oft nachdenke. Ich bin außerdem der Meinung, es genüge für ein Leben, daran mitgearbeitet zu haben, dass es eine schöne, wahre, gute, fleißige und provokante Rechte gibt. Und eines noch: Mir ist diese Rechte mittlerweile schon fast zu harmlos. Sie tut ja manchmal gerade so, als handele es sich bloß um einen Irrtum, wenn man sie so bekämpfe.

DW: »Fast zu harmlos«? – Mit der Neuen Rechten wird es also kein Händchenhalten, keine Meditations-Workshops und keine Herzchenballons geben, indes ausgezeichnete Bücher. Sind Republik, Rechtsstaat und Demokratie mit Ihnen drin, Herr Kubitschek?
G.K.: Erinnern Sie sich an den AfD-Slogan: »Deutschland. Aber normal.« – ? Natürlich erinnern Sie sich daran. Ich habe mal einen ziemlich langen Text geschrieben über einen »Normalisierungspatriotismus«, der von der AfD und vor allem von der überwältigenden Mehrheit ihrer Wähler und ihres Potentials angestrebt werde. Ich halte diese Normalisierung tatsächlich für das politische Maximum – mehr ist nicht drin, derzeit. Und wenn Sie sich die drei großen Protestwellen anschauen, die in den vergangenen Jahren von rechts angeschoben oder aufgefüttert wurden, dann waren – und sind – das alles Empörungen über unstatthafte Veränderungen. Als Ziel wurde ausgegeben: Zurück zur Normalität, zu dem, was nicht schlecht war, wenigstens nicht so schlecht wie das, was nun da ist. Beantwortet das Ihre Frage?

DW: Herr Kubitschek, wir danken Ihnen für das Gespräch.
Die Fragen stellte Anselm Lenz.

Briefe an die Redaktion

Leserbriefe an: K.D.W. e.V.
Postfach 35 02 16, 10211 Berlin

ENTZUGSERSCHEINUNGEN

Ich kann mich erst jetzt melden, da ich drei Wochen in der Klinik und drei Wochen in der Reha gewesen bin. Wenn man längere Zeit keinen DW liest, fehlt etwas Bedeutendes im Leben! Der DW ist grandios. Man wird hervorragend informiert. Das meist über Corona, das uns sonst erzählt wurde, war Lüge. Die ganzen Maßnahmen eine einzige Drangsalierung. Ihr habt alles aufgedeckt. Im DW vom 25. Februar 2023 sind erneut super Artikel von Hendrik Sodenkamp, Gordon Pankalla, Paul Brandenburg, Nadine Strotmann, Anselm Lenz und Interviews mit Ilse Ziegler und Eva Herzig von Klaus Müller. Auch sehr informative Buchtipps! Macht weiter so. Auf alle Fälle weitermachen. Die beste Zeitung, die es gibt. Wir geben nicht auf. Das Coronaregime muss weg! Durchhalten! Wir alle zusammen schaffen das! Freue mich schon auf den nächsten DW.
– Manfred F. aus München

AUF DEM SCHIRM

RUNDBRIEF! Für Newsletter eintragen auf NichtOhneUns.de
t.me/DemokratischerWiderstandTelegram
instagram.com/demokratischerwiderstand
facebook.com: DemokratischerWiderstandZeitung
youtube.com: Demokratischer Widerstand



Die Umfaller: Seit dem Systemcrash 2007 wartet die Welt darauf, wann es endlich soweit ist und der US-Finanzmarktkapitalismus abschmiert. Nun fallen die ersten Steinchen. Collage: DW/Ute Feuerstacke

Das Drama um die Credit Suisse

Ein KOMMENTAR von Ernst Wolff

Die zweitgrößte Schweizer Bank Credit Suisse stand in der vergangenen Woche vor der Zahlungsunfähigkeit. Nachdem im vierten Quartal 2022 bereits Kundengelder in Höhe von 100 Milliarden Franken abgezogen worden waren, verloren im ersten Quartal 2023 zahlreiche weitere Anleger das Vertrauen. Auf Grund der zunehmenden Abflüsse stiegen die Absicherungskosten für den Ausfall von Credit-Suisse-Anleihen kräftig an. Das wiederum führte dazu, dass der Aktienkurs einbrach und allein am 15. März um bis zu 31 Prozent nachgab.

Als dann auch noch der Großaktionär Saudi National Bank ankündigte, kein weiteres Geld in die taumelnde Bank stecken zu wollen, drohte ein *Bank-Run*. Der aber musste auf Biegen und Brechen vermieden werden, denn die Credit Suisse zählt zu den circa 30 global systemrelevanten Geldinstituten, deren Zusammenbruch einen Dominoeffekt im Bankensektor auslösen und das weltweite Finanzsystem existentiell gefährden könnte.

Die Rettung übernahm am vergangenen Donnerstag die Schweizer Nationalbank SNB. Sie gewährte der Credit Suisse einen Kredit in Höhe von 50 Milliarden Schweizer Franken und bewahrte sie damit vor dem Offenbarungseid. Offenbar aber reichte die Summe nicht für eine dauerhafte Stabilisierung aus, denn nach einem kurzen Anstieg fiel der Aktienkurs bis zum Wochenende erneut um fast 18 Prozent.

DIE GELDMACHT KONZENTRIERT SICH

Es verdichteten sich die Anzeichen, dass die Probleme erheblich größer waren als die Führung der Credit Suisse zugab. Zum einen kamen Gerüchte auf, dass BlackRock die Bank übernehmen wolle, was umgehend vom größten Vermögensverwalter der Welt dementiert wurde. Zum anderen aber gab es verschiedenen Meldungen zufolge Übernahme-Gespräche mit der größten Schweizer Bank UBS, die selbst im Oktober 2008 von der Schweizer Nationalbank mit 54 Milliarden Dollar gerettet worden war.

Tatsächlich verkündete die UBS am Sonntag, dass sie die Credit Suisse umgehend für circa eine Mrd. Franken übernehmen könne und pro Aktie, die am Freitag noch mit 1,81 Franken bewertet worden war, 0,25 Franken zahlen würde. Die Schweizer Regierung unterstützte den Vorschlag der UBS und sagte zu, ein Gesetz, dass für eine solche Übernahme eine Frist von sechs Wochen vorsieht, außer Kraft zu setzen.

Der *Deal* wurde aber von der Credit Suisse abgelehnt. Nun blieb scheinbar nur noch eine Möglichkeit: Um den Dominoeffekt zu verhindern, hätte die Schweizer Regierung die Notbremse ziehen und das Geldhaus verstaatlichen müssen. Das aber wurde nicht notwendig, da die UBS ihr Angebot für eine Übernahme erhöhte, pro Aktie 0,76 Franken bot, sich im Gegenzug aber von der Schweizer Nationalbank eine Kreditzusage in Höhe von bis zu 100 Milliarden Franken geben ließ.

Am Sonntagabend wurde offiziell bekanntgegeben: Die UBS übernimmt mit der Credit Suisse eine Konkurrentin, die am Freitag noch einen Börsenwert von 8 Milliarden Franken auswies, für ein Viertel dieses Preises, erhält von der Regierung eine 9-Milliarden-Franken-Verlustgarantie und lässt sich zudem einen Kredit in Höhe von bis zu 100 Milliarden Franken von der Schweizer Nationalbank garantieren.

Da die Vereinbarung ohne die Aktionäre von UBS und Credit Suisse und ohne das Schweizer Parlament zustande kam, fragt man sich: Könnte es sein, dass es sich bei der ganzen Angelegenheit um eine Pokerpartie zwischen *Insidern* gehandelt hat? Möglicherweise um ein abgekartetes Spiel von Finanzakteuren, die einander gut kennen?

Helfen könnte bei der Beantwortung dieser Frage ein Blick auf die persönlichen Beziehungen der wichtigsten Beteiligten. So gehören sowohl der CEO der Credit Suisse als auch der CEO der UBS zu den sogenannten »Contributors« des World Economic Forum WEF. Beide Banken wiederum gehören zu den Strategischen Partnern des WEF, zu denen auch BlackRock zählt.

WENN MAN SICH KENNT, GEHT'S LEICHT

Hinzu kommt, dass der Chef der Schweizer Nationalbank ebenfalls Contributor des WEF ist und sein Vorgänger heute als Vice Chairman für BlackRock arbeitet, dessen Chairman Larry Fink seit 2019 zusammen mit Klaus Schwab im Vorstand des WEF sitzt.

Und auch das ist noch nicht alles. Wie am Sonntag ebenfalls bekannt wurde, haben auch die Federal Reserve und die EZB für den Deal grünes Licht gegeben. Wichtigster Berater der beiden Zentralbanken ist – niemand anders als BlackRock.

Dank an den Autor für das Recht zur Veröffentlichung des Beitrags.

HIER STEHT DAS ENDE DER US-WELTHERRSCHAFT

Xi Jingping und Wladimir Putin bei einem Fototermin im Kreml: Vom 20. bis 22. März 2023 trafen sich die Staatspräsidenten Chinas und Russlands. Wenige Stunden, nachdem die Reise Xis nach Moskau bekanntgegeben geworden war, hatte der Nato-geführte Internationale Strafgerichtshof ein Kopfgeld auf die Verhaftung des russischen Staatsmannes ausgegeben. Im Zuge des außergewöhnlich langen Treffens in Moskau wurden neue Kooperationsverträge in allen Bereichen verhandelt. Die chinesische Seite präsentierte zudem einen Vorschlag für einen Waffenstillstand im amerikanisch-russischen Stellvertreterkrieg in der Ukraine, den US-Regierungssprecher jedoch umgehend ablehnten.

Mit dem neuen chinesisch-russischen Bündnis scheint ein unabhängiges und prosperierendes Westeuropa auf lange Zeit verloren, weil damit der US-Einfluss und die Ostfront wie von Washington und London beabsichtigt weitergeführt wird. Die USA sind für westeuropäische Länder im Saldo ein teurer und sehr gefährlicher »Partner«, der zudem keinerlei Prosperität mehr entfaltet und der sein Verarmungs- und Ausplünderungsprogramm mit grünen Ideologiefragmenten und medizinischen Ausnahmezuständen tarnt.

Zur Rolle der BRD hatte Putin nach Jahresbeginn angemerkt: »Die Sowjetunion hat einst ihre Truppen aus Deutschland abgezogen und ihre faktische Besetzung des Landes beendet. Die Amerikaner haben das, wie Sie wissen, nicht getan. Sie besetzen Deutschland weiterhin. Aber es geht ja nicht nur um Deutschland, sondern die Europäer haben meiner Meinung nach das Gen der Unabhängigkeit, der Souveränität und des nationalen Interesses verloren… so ist die Generation der heutigen Führungskräfte. Wirtschaftliche Abhängigkeit, politische Abhängigkeit, mediale Abhängigkeit, industrielle Abhängigkeit, es sind eine Menge Fäden, die diese Bedingungen der demütigenden Abhängigkeit schaffen. Meiner Meinung nach wird sich alles irgendwann ändern, aber wann das sein wird, ist im Moment schwierig zu sagen.« (Anselm Lenz; Übersetzung Thomas Röper; Foto: Wikicommons/CC/kremlin.ru)



Foto: Twitter



WIR SIND DIE 99 PROZENT!
MOTOR MITTELSTAND
KOLUMNE *von Wolfgang Greulich*

STREIK DER HOFFNUNG

In Frankreich marschiert das Rentenalter von aktuell 62 Jahren auf dann 64, und die französische Hütte brennt im wahrsten Sinne des Wortes. Straßen sind blockiert, Mautstellen werden ohne zu bezahlen passiert, Züge und Raffinerien werden bestreikt, der Müll bleibt liegen, einfach so.

Streik als ein Zeichen der Hoffnung für die Interessen der Menschen, in Frankreich bekannt und angewandt, in Deutschland weit verpönt. Es ist und war Macron, pardonnez-moi, scheißegal, er hat das Gesetz zur Rentenreform durchgedrückt, so wie er auch das Thema Corona und andere Themen durchgedrückt hat. Da ist er nicht alleine, da haben sie gut im Team gearbeitet, gut vorbereitet und gemeinsam durchgezogen. Das WEF lässt grüßen.

In Deutschland sind wir dank Frau Merkel und vielen anderen schon bei 67 Jahren und es hat die Deutschen nicht wirklich interessiert. Frau Merkel auch nicht, denn ihre Rentenbezüge sind ja dankenswerterweise im Abgeordnetengesetz geregelt, schlappe 15.000 Euro im Monat. Keine Demokultur, keine Streikkultur, stattdessen lieber Brot und Spiele. Da geht es unseren Politikern vergleichsweise gut im Vergleich zum französischen Nachbarland. Aber eines haben sie dort und hier gemeinsam, sie haben allesamt gemeinsam ausgedient, denn wir brauchen diese Altparteien samt ihren gekauften Marionetten nicht mehr. Auf die Straße gehen viele, wenn überhaupt, nur im Schutz der Gewerkschaften für mehr Geld.

Eines jedoch ist anders, unsere Medien berichten über das Geschehen in Frankreich, während sie zum Geschehen im eigenen Land schweigen. Kaum ein Wort über das, was seit 2020 wirklich los ist im Land, auf den Straßen, am Wochenende und vor allem am Montagabend. Die Wahrheit drängt ans Licht, viele sind erwacht. Sie haben den Stein zum Rollen gebracht.

Noch nie war es so einfach, dem Ganzen den verdienten friedlichen und überfälligen Rest zu geben, aber zu viele Menschen schauen zu, damals bei der Einführung der Rente mit 67 ebenso wie 2020 bei Corona, und auch beim Thema Klima glauben sie, was ihnen von den Medien präsentiert wird. Das Schweigen der Massen wird immer unerträglicher, denn es ist meist dumm und sinnlos. Es braucht wirklich einen großen Reset, und zwar in den Köpfen der 99 Prozent. Es ist wichtig, selbst die Wahrheit zu suchen, um dann Zusammenhänge zu erkennen. Widerstand und Wandel made in Germany!

Wolfgang Greulich ist Widerstandsaktivist und erfolgreicher IT-Unternehmer.



WÄSCHT IHRE HÄNDE IN UNSCHULD:

EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen schloss 2020 per SMS den Milliardendeal mit den Impfstoffherstellern. Diese Geheimnachrichten löschte sie im Anschluss von ihrem Handy. In diesen Absprachen entband sie die Konzerne, die Milliarden mit den Impfstoffen verdienten, von der Haftung. Nun müssen die Staaten, also die steuerzahlenden Menschen, für die Schäden zahlen. Das wird der Grund sein, dass der Staat Impfopfer nicht anerkennt. So wurden alleine in Sachsen laut Angaben der Sächsischen Zeitung 7,68 Millionen Spritzen gesetzt, jedoch nur 22 Impfschäden anerkannt. Die Meldungen von Impfschäden waren weit höher (siehe Seite 3). (hes)

30 MILLIONEN FÜR IMPFOPFER

Niederösterreich beginnt mit Aufarbeitung
Von Anselm Lenz

Segregierte kommen zurück, Strafgelder werden für Maßnahmenopfer eingesetzt, Verleumdete öffentlich rehabilitiert: Das österreichische Bundesland Niederösterreich wird die Geschädigten des verfassungs- und menschenrechtswidrigen Corona-Putschversuches entschädigen.

Im Bundesland um die Bundeshauptstadt Wien und die Landeshauptstadt Sankt Pölten wird der Wiedergutmachungsversuch des Corona-Terrors unternommen. Die neue Landesregierung hat die Losung ausgegeben: »Gräben schließen – Verantwortung übernehmen!« Für das 10-Punkte-Wiedergutmachungsprogramm werden zu Beginn 30 Millionen Euro aus der Staatskasse eingesetzt.

Strafgelder wegen Widerstandes gegen den illegalen Ausnahmezustand werden laut der Regierungserklärung an die Inkriminierten zurückerstattet. Dies solle sogar »persönlich« erfolgen, also mit Vorsprache und der Bitte um Entschuldigung von Seiten des Staatsapparates. Weitere zweifelhafte Strafgelder in Höhe von 1,3 Millionen Euro werden zwar nicht zurückerstattet, fließen aber einem Opferfonds zu. Die Pflicht – oder das Drängen – zur Injektion ist vollständig zurückgenommen. Benachteiligungen dürfen nirgends mehr stattfinden. Das gilt auch für ehemalige Staatsbedienstete. Diskriminierte werden eingeladen und sollen wieder eingestellt werden.

Der massenmörderische Neofaschismus fällt also in Niederösterreich weltweit zuerst. Die vormalig fanatische Maßnahmenbefürworterin, Ministerpräsidentin Johanna Mikl-Leitner (ÖVP), gestand ein: »Die Impfpflicht war ein Fehler!« Das geht darauf zurück, dass ihre Partei bei den Wahlen am 29. Januar absackte (Minus 10 Prozentpunkte, rund 100.000 Stimmen weniger). Im Wahlkampf und in den Koalitionsgesprächen setzte die FPÖ knallhart auf den Corona-Widerstand und die Kriegsneutralität – und setzte sich jeweils durch (Plus von 10 Prozentpunkten). Im Koalitionsvertrag setzte die Partei die Wiedergutmachung konkret durch. Injektionstote, Injektionsgeschädigte, Schulschließungen, Ausgangssperren und auch psychosozialer Terror wie die Kinderschändermaske sollen ab sofort öffentlich evaluiert (analysiert und bewertet) werden. Es findet keine Werbung mehr für die Injektionen statt. Eine Aufarbeitungskommission soll die Mammutaufgabe der angerichteten Schäden angehen.

Sie wird dabei auch auf drei Jahrgänge der bei der Corona-Aufklärung weltweit führenden Wochenzeitung Demokratischer Widerstand (DW) zurückreifen können. Der DW wird unter anderem an mindestens zwei österreichischen Universitäten archiviert. (ale)

MELDUNG

LEITZINS ERHÖHT

Frankfurt am Main/DW. Die Europäische Zentralbank (EZB) erhöhte zum zurückliegenden Wochenende den Leitzins auf 3,5 Prozent. Das gab der Rat der als undurchsichtig und parteipolitisch geprägt geltenden Notenbank bekannt. Damit wird die Bereitstellungstellung von Geld für Kredite durch die Privatbanken schwieriger. Mit der Leitzinserhöhung soll der Anstieg der Teuerungsrate in allen Bereichen etwas verlangsamt werden. Zugleich gelten weitere Unternehmens- und Bankenpleiten in ansteigender Zahl als unausweichlich. Am Mittwoch gab auch die umstrittene von einem Privatkonsortium betriebene US-Bundesbank Federal Reserve (Fed) die Erhöhung der Dollar-Leitzinsen bekannt. Dieser liegt nun bei 4,75 bis 5,0 Prozent.

Der Zusammenbruch der »Silicon Valley Bank« sowie der Bank »Credit Suisse« (Seite 9 dieser Ausgabe) kommen also nicht überraschend. Nach der Vorbereitung durch das Corona-Lügen- und Unterdrückungsprogramm werden seit 1,5 Jahren die Leitzinsen der Zentralbanken wieder erhöht. Damit endet die Phase der Niedrigzinsen als Konjunktur- und Konsumtionsprogramm durch Ausweitung der Geldmenge, die seit dem »Crash« des US-Finanzmarktes nach Jahr 2009 aufgesetzt worden war. Der durch die Corona-Lüge in die Länge gestreckte Prozess des Zusammenbruchs der US-Finanzkapitalismus ab September 2019 geht damit nur in die nächste Stufe, wie DW-Gründer Anselm Lenz seit März 2020 klarstellt. (bat/jro)

GOLDIE-DEAL: ENGLAND LIEFERT URAN-MUNITION

London/DW. Zu Wochenbeginn gab die zweite Verteidigungsministerin Britanniens, Annabel Goldie, bekannt, dass englische Rüstungskonzerne mit Uran abgereicherte Munition in den Stellvertreterkrieg in der Ukraine liefern werden. In ihrer Antwort auf eine Frage auf den Online-Seiten des britischen Parlaments erklärte Goldie wörtlich: »Neben der Lieferung von Kampfpanzern Challenger 2 für die Ukraine werden wir auch Munition liefern, darunter panzerbrechende Munition, die abgereichertes Uran enthält. Diese Geschosse sind hochwirksam bei der Bekämpfung moderner Panzer und gepanzerter Fahrzeuge.« Die Reaktion folgte. Im Zuge des dreitägigen neuen Bündnistreffens der russischen und chinesischen Staatspräsidenten in Moskau von 20. bis 23. März, erklärte der Präsident Chinas, Xi Jingping: »Wie es scheint, hat sich der Westen entschieden, gegen Russland bis zum letzten Ukrainer nicht nur mit Worten, sondern auch mit Taten zu kämpfen. In dieser Hinsicht möchte ich allerdings anmerken, dass, falls das geschehen sollte, Russland gezwungen sein wird, entsprechend zu reagieren. Ich meine, wenn der kollektive Westen beginnt, Waffen mit einer nuklearen Komponente einzusetzen.« (ale; Übersetzung übernommen vom Sender RBC)



FRANKREICH:

Auf dem Place Vauban versammeln sich am 20. März 2023 Zehntausende, Millionen sind es in ganz Frankreich. Der verhasste Präsident Emmanuel Macron hatte das Parlament ausgehebelt und seine Rentenreform ohne parlamentarische Abstimmung durchgesetzt. In ganz Frankreich wurden daraufhin Raffinerien blockiert, der Verkehr lahmgelegt und Barrikaden errichtet. Die Luft wird dünn für den Davos-Präsident Macron. (hes) Foto: telegram/privat



ISRAEL:

Die Israelis wissen, wie es geht: Wer gegen die Regierung demonstriert nimmt die Nationalfahne mit. Hier Hunderttausende in Jerusalem am 20. Februar 2023 mit einem reichlichen Aufgebot an Flaggen.
Foto: Hanay/ Wikimedia-Commons

DAS PULVERFASS

Seit Wochen gehen in Israel Zehntausende auf die Straße.
BERICHT von Felix Feistel

Seit im Dezember vergangenen Jahres der ehemalige und neue israelische Premierminister Benjamin Netanjahu seine Wiederwahl feierte, befindet sich das Land in Unruhe.

Netanjahu konnte mit der Unterstützung religiöser und rechter Kräfte das Amt zurückgewinnen, mit denen er eine Koalition einging. Schon die Regierungsbildung wurde von heftigen Protesten begleitet, die sich vorrangig aus dem linksliberalen Milieu und sogenannten LGBTQ-Aktivisten bildeten. Diese befürchteten Diskriminierung und Verfolgung unter der streng religiösen und rechtsgerichteten Herrschaft. Als die Regierung dann zu einer Justizreform ansetzte, mit der die Macht der Richter beschränkt und den Knesset-Abgeordneten die Wahl der Richter ermöglicht werden sollte, weiteten sich die Proteste aus.

Die Reform sieht vor, dass dem Obersten Gerichtshof das Veto-Recht gegen verfassungswidrige Gesetze entzogen wird und das Parlament, die Knesset, Urteile des obersten Gerichts mit einfacher Mehrheit aufheben kann. Auch über die Todesstrafe wird diskutiert. Gleichzeitig will der Kommunikationsminister in Zukunft nur noch regierungsfreundliche Sender unterstützen. Zudem werden immer mehr nationalistische und identitätspolitische Töne laut. So erklärte der Minister für Jerusalemer Angelegenheiten Amihai Eliyahu, dass liberale Juden die jüdische Identität gefährden.

HUNDERTTAUSENDE AUF DER STRASSE

Die Proteste werden von der Polizei mit Gewalt beantwortet. Blendgranaten, Schlagstöcke, Wasserwerfer kommen zum Einsatz. Auf einer Protestkundgebung verglich Dan Netanjahu, ein Cousin des Premierministers, die Maßnahmen der Regierung mit jenen der Nazis zu Beginn ihrer Herrschaft in Deutschland.

Gleichzeitig spitzt sich die Gewalt gegen die Palästinenser wieder einmal zu. Seit Beginn des Jahres 2023 wurden mindestens 74 Palästinenser von der israelischen Armee getötet. Immer wieder kommt es zu Angriffen auf palästinensische Wohngebiete. So wurde das Flüchtlingslager Jenin Ziel eines blutigen Rachefeldzuges der israelischen Armee, die hier vier junge Palästinenser tötete und einen Teil des Lagers zerstörte.

Unter dem Schutz der neuen Regierung gehen auch israelische Siedler immer gewalttätiger gegen Palästinenser vor, deren Gebiete sie in Besitz nehmen. So Ende Februar in Huwara, einer zentralen Stadt in der Westbank. Nachdem ein Palästinenser zwei junge Israelis erschossen hatte, strömten hunderte israelische Siedler in die Stadt, zündeten acht Häuser und 250 Fahrzeuge an, zerstörten hunderte weitere Häuser, warfen Fensterscheiben ein, und verletzten 120 Palästinenser. Ein Palästinenser wurde erschossen, wobei es nach wie vor unklar ist, ob der Täter ein israelischer Siedler, oder ein Soldat war.

Das Militär schützte und deckte die Ausschreitungen der Siedler. So hatte es die Stadt zuvor eingekesselt und die Siedler hineingelassen, während Journalisten, Hilfskräfte und Sanitäter aufgehalten wurden. Lediglich acht Siedler wurden verhaftet, von denen alle bis auf einen bereits wieder auf freiem Fuß sind. Dieser wurde zu Hausarrest verurteilt. Anhänger der rechten und religiösen Regierungsparteien kommentierten die Ausschreitungen wohlwollend. Sie bezeichneten sie als natürlichen Akt der Rache und verurteilten das Militär dafür, dass es nicht früher die Notwendigkeit gesehen hatte, solche Gewaltakte zu verüben.

MILITÄRS VERWEIGERN DEN GEHORSAM

Das Militär hingegen ist gespalten wie nie zuvor in der Geschichte des Landes. Tausende von Soldaten verweigern den Dienst, mehrere Offiziere schlossen sich den Protesten gegen die Justizreformen an und warnten, dass sie den Dienst quittieren würden, sollten diese umgesetzt werden. Auch junge Menschen, die kurz vor ihrer Einberufung stehen, haben sie zu Wort gemeldet und angekündigt, die Einberufung zu verweigern. Seit dem Pogrom im Huwara hat sich die Zahl der Verweigerungen noch einmal vervielfacht. Auch Mitglieder des Mossad und der Geheimpolizei Shin Bet schlossen sich den Protesten gegen die Regierung an. Netanjahu sprach bereits von einer »Bedrohung für die Existenz des Staates Israel« durch die Verweigerungen.

Die neue Regierung versucht zudem, von den innenpolitischen Problemen durch Außenpolitik abzulenken. So ließ sie die Luftwaffe am Morgen des 7. März 2023 Angriffe auf den Nachbarstaat Syrien fliegen, wobei auch der internationale Flughafen von Aleppo getroffen wurde, der daraufhin geschlossen werden musste. Dies erschwerte die Hilfe für die syrischen Erdbebenopfer.

STAATSPRÄSIDENT SPRICHT VON BÜRGERKRIEG

Israel ist also von schweren Unruhen erschüttert. Während die neue Regierung den Weg in die Autokratie geht, ermutigt sie zu weiterer Gewalt gegen Palästinenser und zu deren Vertreibung. Gleichzeitig gibt es starken Widerstand innerhalb des Landes. Die deutsche Regierung schweigt bisher zu den Ereignissen, während der israelische Staatspräsident Jitzchak Herzog vor einem Bürgerkrieg mit vielen Toten warnt.

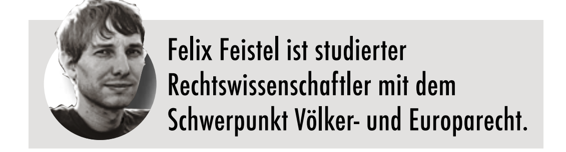
Ein neuer Maidan?

Über die Ereignisse im Kaukasusland Georgien. | Von Felix Feistel

2014 stürzte ein von der Nato unterstützter Aufstand die gewählte ukrainische Regierung. Die Rede war vom Euromaidan. Nun begannen am 7. und 8. März 2023 in Georgien Straßenproteste.

Dabei kam es zu gewalttätigen Auseinandersetzungen mit der Polizei, Protestierende warfen Molotowcocktails, die Polizei antwortete mit Wasserwerfern und Tränengas. Grund dafür war ein durch die regierende Partei »Georgischer Traum« in das Parlament eingebrachter Gesetzesentwurf, der Nichtregierungsorganisationen und Medien dazu verpflichtet hätte, sich als »ausländische Agenten« registrieren zu lassen, wenn diese zu mindestens 20 Prozent aus dem Ausland finanziert werden. Ähnliche Gesetze sind in den USA oder Russland schon seit vielen Jahren in Kraft, und werden mittlerweile auch von der EU in Erwägung gezogen. Trotzdem kam es zu Widerstand, der in den westlichen Ländern schon als »Protestbewegung« bezeichnet wird. Tausende Menschen gingen in Tiflis auf die Straße und schwenkten dabei EU- und US-amerikanische Flaggen. Die Proteste ähnelten stark den Szenen, die man vom Maidan in der Ukraine aus dem Jahr 2014 kennt. So wurden unter anderem russische Flaggen verbrannt und die ukrainische Nationalhymne gespielt. Schon kurz nach Beginn der Proteste wurde der Gesetzesentwurf zurückgenommen. Dennoch gingen die Menschen weiterhin auf die Straße und wurden zunehmend radikaler. So forderten sie einen Rücktritt der Regierung und vorgezogene Neuwahlen. Politiker aus der EU, den USA und der Ukraine erklärten sich mit den Protestierenden solidarisch. Der Westen kritisierte, dass durch das Gesetz die »unabhängigen Stimmen der Georgier zum Schweigen gebracht werden«, und das, obwohl sich dieses Gesetz gerade gegen Nicht-Georgier richten sollte. Der Verdacht, dass die Proteste gerade von jenen ausländischen Agenten angestiftet und angeheizt werden, liegt nahe. Der georgische Premierminister Irakli Gharibaschwili stellte dazu fest: »Eine noch stärkere Eskalation der Feindseligkeiten wird in der Ukraine erwartet, und viele externe Akteure sind daran interessiert, eine zweite Front auf georgischem Boden zu eröffnen.«

Die georgische Regierung weigert sich seit Beginn des Krieges in der Ukraine, ihr Land für eine zweite Front gegen Russland zur Verfügung zu stellen. Auch die Sanktionen gegenüber Russland verhängt das Land nicht. Unmittelbar nach Beginn der Proteste kam es zudem zu langen Staus an der georgisch-russischen Grenze, als tausende Georgier versuchten, das Land in Richtung Russland zu verlassen.



Felix Feistel ist studierter Rechtswissenschaftler mit dem Schwerpunkt Völker- und Europarecht.

MELDUNG

HAFTBEFEHL GEGEN PUTIN

Den Haag/DW. Der Internationale Strafgerichtshof in Den Haag schrieb am 17. März 2023 den russischen Präsidenten zur Fahndung aus. Laut Meinung des Gerichts sei dieser persönlich für die Verschleppung von Kindern aus der Ukraine verantwortlich. Mit der Verkündung soll Druck auf die Staaten aufgebaut werden, die sich nicht auf die Nato-Seite schlagen wollen. (hes)

HERSH LEGT NACH

Washington/DW. Der US-amerikanische Journalist und Pulitzer-Preisträger Seymour Hersh beschuldigt am 22. März 2023 den deutschen Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) bei seinem Besuch beim US-Präsidenten Joe Biden, eine Verhüllungsstory zur US-Sprengung der deutsch-russischen Nordstream-Pipline verabredet zu haben. Dabei beruft er sich auf eine gut informierte Quelle aus US-Geheimdienstkreisen. (hes)

STICHWORT DW-AKADEMIE

Anselm Lenz und der DW gründen eine Hochschule: Die Akademie für qualifizierte Verfassungsdemokratie, AquaVD. Kontakt für Unterstützer: akademie@demokratischerwiderstand.de oder per Post an den Unterstützerverein KDW e.V., Postfach 35 02 16, 10211 Berlin. Sie wollen mit Anselm Lenz bezüglich dem Hochschul- und Stiftungsvorhaben direkt in Kontakt treten? Schreiben Sie zunächst an veranstaltung@demokratischerwiderstand.de mit dem Betreff: »Lenz, wir bauen auf!«





31. Juli 2020 in Berlin. Foto: DW



Millionen am 1. August 2020 auf der Straße des 17. Juni. Fo

BLÜHENDE LANDS

Gespräch der DW-Herausgeber Hendrik Sodenkamp und Anselm Lenz zum dreijährigen Gebu

Hendrik Sodenkamp: Corona war kein gemeingefährlicher Virus, die Maßnahmen haben nicht dem Gesundheitsschutz gedient und die Spritze war und ist tödlich. Was wir seit drei Jahren sagen, wird nun in homöopathischen Dosen in allen großen Regierungs- und Konzernmedien gebracht. Wo haben wir uns geirrt?

Anselm Lenz: Leider nirgends – und es ist leider noch viel dicker gekommen, als wir zu Beginn erkennen konnten. Wir zwei begannen ja damit, unser erstes NichtOhneUns.de-Flugblatt in DIN-A4 für die Demo am 28. März 2020 zu verteilen, um dem Verfassungsbruch des Ausnahmezustandes etwas entgegenzusetzen: Nämlich das, was wir haben: Das Grundgesetz, insbesondere die Artikel eins bis zwanzig. Uns war klar, dass der US-Finanzkapitalismus platzt und über eine bereits im Beginn fadenscheinige Virus-Story ein neofeudales bis neofaschistisches Umbauprogramm durchgesetzt werden soll.

Es geht um Schuldenberge, Währungen, Abschmelzen des Mittelstandes und eine direkter gesteuerte Produktion. Mit einem Wort: Die USA sind pleite. Trump, was auch immer man von seinem orange-roten Teint hält, stoppte das US-Beutekriegsprogramm und wurde mit allen Mitteln abgesägt, auch mit dem Mittel der Wahlfälschung. Dass sie aber mit diesem genozidalen Injektionswahn kommen würden, konnten wir nicht absehen.

Giorgio Agamben sah den fatalistischen, massenmörderischen, ja weltkriegslüsternen Charakter der Corona-Lüge von Beginn an deutlicher. So erklärt sich der poetische Kulturpessimismus seiner ansonsten entschlossen aufklärerischen Texte zu der Zeit. Der Kontakt zu ihm war gut herzustellen und er wurde *DW*-Herausgeber. Bis heute ist das eine große Indianerehre. – Mein Gott, drei Jahre später, Kollege Sodenkamp ... wie geht es uns eigentlich?

H.S.: Es hat für mich schon etwas Erdrückendes an sich, so von einem auf den anderen Tag aus dem Kreis vermeintlich vernünftiger Menschen ausgeschlossen zu werden; so wie es uns geschah, nachdem wir so vorsichtige und ja eigentlich harmlose Forderungen wie die Einhaltung des Grundgesetzes auch in Krisenzeiten gestellt haben. Wie viele haben das Land verlassen? Deutschland war das Schlimmste, was man erleben konnte und dann noch Berlin.

Schon bei unserer ersten Demonstration war ein riesiges Polizeiaufgebot da, ab der zweiten Demonstration wurde eine Massenverhaftungsstelle neben dem Rosa-Luxemburg-Platz eingerichtet, wo man Omas mit dem Grundgesetz festsetzte. Später dann wurden auf den Demonstrationen von der Polizei Menschen umgebracht. Und die Täter laufen immer noch herum.

Gerade eben, muss ich gestehen, hat es etwas sehr unwirkliches an sich, durch die Straßen und Plätze zu laufen. Diejenigen, die einen gestern noch angeschrien haben, weil man keine Maske trug, die die Polizei gerufen haben, weil man zu dritt an der Straßenecke stand und die einen danach geprüft haben, welchen Blutstatus man hat, diese Leute tun jetzt so, als ob nichts gewesen sei. Währenddessen wird immer noch die Spritze gesetzt, auch wenn sie dank der Aufklärung, immer weniger Menschen annehmen. Die Übersterblichkeit, die seit dem Beginn der Impfkampagne festzustellen ist, macht mich dazu noch sprachlos. Ich muss sagen, dass ich das schwer zu fassen bekomme.

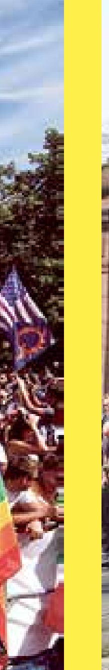
A.L.: Ja, die Stimmung ist in Berlin gekippt. Es ist aber umgekehrt vom berühmten Satz Mahatma Ghandis. Nämlich so: Erst bekämpfen sie dich, dann lachen sie über dich und zum Schluss ignorieren sie dich. Mittlerweile sind wir dabei angekommen, ignoriert zu werden. Nun müsste unser Sieg kommen, der im Grunde ja inhaltlich eingetreten ist. Der Erfolg unserer Aufklärung wird aber seit einem Jahr von diesem ausgesprochen merkwürdigen – und grauenhaften – Stellvertreterkrieg in der Ukraine überlagert, der sofort beendet wäre, wenn die US-UK-EU-Nato-Kamarilla unabhängigen Volksabstimmungen in den von Kiew abtrünnigen Gebieten zustimmen würde. Und Bärbock könnte endlich wieder ihre Boutique leiten, Lindner seinen *Airport*-Shop für Porsche-Krawattennadeln und Habeck als Dramaturg der Jugendbühne Kiel jobben. Der Bankenlobbyist Merz ist für mich nur ein Spezialdragee, bestenfalls noch Dada. Wie überwinden wir den Zombie-Zustand, die Spaltung, das bleierne Schweigen in unserer Heimat?

H.S.: Im Grunde machen wir das doch schon bereits. Das Schweigen brechen. Wir können uns nur manchmal – und das buchstäblich – nicht mehr reden hören, weil wir bereits seit drei Jahren, sagen was ist. Gerade eben habe ich noch einmal alte Ausgaben unserer Zeitung durchgeblättert: Bereits im in Ausgabe 36, im Februar 2021, also ein Jahr vor Beginn des Ukrainiekrieges sah unsere Kollegin Batseba N'Diaye die nächste Mobilmachung: "Es scheint, als ob sich das Corona-Regime eine zweites Standbein aufbauen möchte, um die Krise des Kapitalismus und seiner Herrschaft zu überwinden: Krieg. Dafür wird jetzt Russland destabilisiert."

Mehr als reden und schreiben kann man nicht tun, um das Schweigen zu brechen. Und das machen wir mit dieser Zeitung, den herausragenden Autoren, den unzähligen Demonstrationen und nicht zuletzt der Zeitungsverteilung an Menschen, die sonst nur Propaganda bekommen die ganze Zeit. Und dabei stoßen wir auch nicht auf taube Ohren. Die Demokratiebewegung hatte nach dem Spritzenregime durch die Bank keine Lust auf die Ostfront. Dafür ist natürlich in erster Linie der Wahnsinn des Vorhabens selbst verantwortlich. Aber wir – und das meine ich in aller Bescheidenheit – eben auch. Und dass wir immer mehr werden, wird auch nicht falscher, wenn man es immer wieder aufs Neue wiederholt. Zuletzt stieß sogar Alice Schwarzer zu uns und rief die Volksfront gegen die Regierung aus. Nur eben leider, ohne zu erwähnen, dass es diese Volksfront bereits seit drei Jahren gibt. Der Beginn des Demokratischen Widerstands liegt einfach am 28. März 2020 und nicht am 25. Februar 2023. Was wünscht du Dir zu diesem Geburtstag?

A.L.: Wie immer, ein gutes Buch. Am Mittwochabend rief mich der Gastronom und Demokrat Tobi Fink aus der Pfalz an, als ich auf dem Balkon saß, um beim Zigaretterauchen über die Wolken nachzudenken. Sein neues Kochbuch sei erschienen, sagte Tobi, der sich gerade einen Riesling aufgemacht hatte. Als er gerade das Lieblingsrezept von Beate Bahner vorlas, flog eine Überwachungsdrohne über unseren Wohnblock. Die Nachrichtenagenturen hatten am Nachmittag mal wieder eine ihrer schwerbewaffneten Razzien gemeldet. Schnell machte ich die Fluppe aus, nicht, dass irgendeine 14.301 noch Mündungsfeuer erkennt. Wir leben in einem Kriegsgebiet. Nur anders. Excuse my French, wer hat gleich nochmal die Versorgungsleitungen für Fernwärme in der Ostsee gesprengt? Apropos, schon 2020 war klar, dass unser Großer Bruder mal wieder alles kurz und klein hauen möchte. Ein Freund zu Gast in Welten.

Nennt man diesen ersten Kriegsakt seit 1945 gegen Deutschland jetzt *Friendly Fire*? Oder eher schon Selbstbefriedigung?



to: evafoto



Der Vorfall auf der Lessingbrücke: 1. August 2021. Foto: videostill/DW



Auf dem Weg zur Verfassungserneuerung auf dem Großen Stern am 28. August 2020. Foto: videocesar

SCHAFTEN

rtstag.

H.S.: Dass Seymour Hersh den *DW* liest, ist nachdem er nun zum zweiten Mal unsere Sachen aufgegriffen hat, klar. Er sollte nur mal ordentlich zitieren. Das wäre redlich. Olaf Scholz fliegt nach Washington und spricht sich mit Joe Biden darüber ab, dass sie nun eine Lügengeschichte mit ukrainischen Terrortouristen auf einer Luxuskogge erfinden werden, um die Sache zu vertuschen. Was schockierend ist, dass deren Lügengeschichten so wahnsinnig schlecht gemacht sind.

Da sind Milliardenmittel vorhanden, und dann kommen die mit Sachen aus der Flipchart-Konferenz, die so wahnwitzig sind, dass kein Mensch, der in drei Stunden Physikunterricht nicht geschlafen hat, sie glauben kann. Wir können also festhalten, dass sie uns so sehr verachten, dass sie noch nicht einmal Wert darauf legen, uns gut zu belügen. Sie haben einfach genug Waffen, um das nicht mehr machen zu müssen.

Der Burggraben um den Bundestag wird ja jetzt auch bald gebaut und Joe Biden lachte vor kurzem seine Leute aus, die auf ihre Handfeuerwaffen bestehen, dass sie eben keine Kampfbomber hätten, um ihn und seine Herrschaftsclique aufzuhalten. Was tun? Wie wird Jahr Vier des Widerstands aussehen? Vielleicht geht es in einem Wort.

A.L.: Kapitalismustribunal. Ich sag nur Kapitalismustribunal. Schon nach dem Mammut-Aufklärungsprojekt unserer Autorengruppe Haus Bartleby – das mal wieder von Kriegsparteien verraten wurde – sagten wir: »Alles klar mit Eurem Lobby-Bordell hier! Dann geht doch zum Zentrum für politische Schönheit, die kennen sich immerhin mit Eierleckern aus!« Aber nichtmal dafür hats gereicht. Wir schlussfolgerten: »Als nächstes wird sich die *Democracy* nicht mehr in rechtsstaatliche Fassaden kleiden und um die *Opinion Leaders* bemühen, sondern die plumpe Macht aufführen.« Die schlechte Lüge wird die gewollte Verhöhnung des Volkes sein.

H.S.: Und das vierte Jahr?

A.L.: Ich sehe blühende Landschaften und eine Vielzahl neuer Aufklärungsmedien, neue Massenbewegungen, revolutionäre Massenbewegungen. *NichtOhneUns.de* hat gerade wieder Zulauf. Insgesamt werden wir aber wieder vom Massenblatt und vom Status der Volkshelden zum Think Tank, zur Analyse- und Kreativstelle der Demokratiebewegung aufsteigen. Damit haben wir zwei dann wieder den Job, den wir immer schon hatten: Zwei bis drei Jahre der Zeit voraus sein, Bewegungen in Gang bringen, Konzepte popularisieren, stil- und begriffsbildend sein – und dahinter verschwinden.

Im Grunde sind wir ja Dramaturgen geblieben, oder? Wir freuen uns, wenn die anderen glänzen, das gehört zum Berufsbild. Unser Stolz ist der Applaus fürs Ensemble, die volle Hütte, der bahnbrechende Einfluss und erst zuletzt der Hass der falschen Kritiker. *Mission Accomplished*, könnte man sagen. Leider ist das hier alles kein Theater.

Und leider sind wir und das alles echt, ohne Hintertürchen, ohne falsche Flagge, ohne Mäzene, Parteifuzzis oder den KGB im Hintergrund.

Und wir haben erst Punkt eins des Fünf-Punkte-Planes erfüllt. Ernst beiseite: Hat sich die Bloggerin Aya Velázquez mittlerweile eigentlich als Kontrollierte Opposition selbst angezeigt, und sich nackend an ihre Polizeidienststelle gekettet?

H.S.: Da liegt noch etwas Arbeit. Noch letzte Worte zum Geburtstag?

A.L.: Nein, ich bedanke mich für das Gespräch mit einem freudvollen: Bis zum umfassenden Sieg!

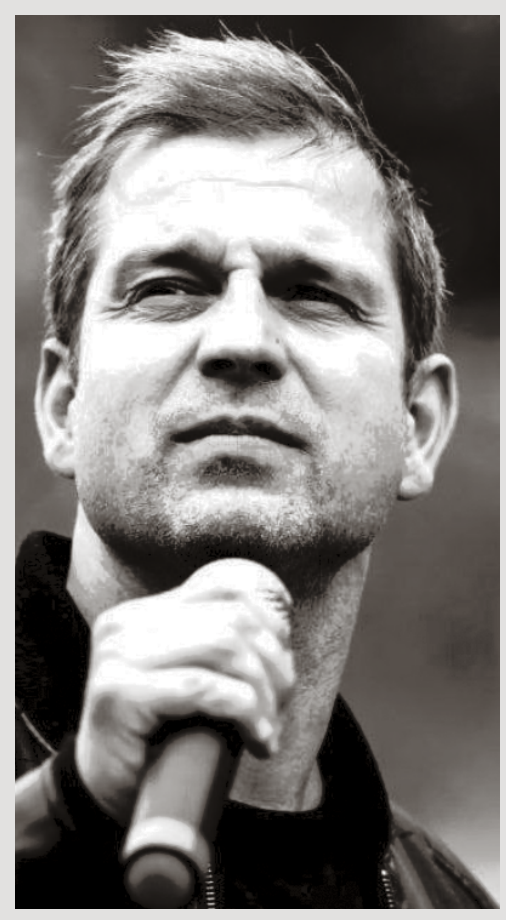


International für Demokratie: Leipzig am 6. November 2021. Foto: Steve Schramm



Abstimmung vor dem Bundestag, 1. August 2022. Foto: Georgi Belickin

BANANE IN DRESDEN VERHINDERT, IM WIDERSTÄNDIGEN BERLIN GEFEIERT



Dresden/DW. Es ist Freitagabend im März, die Konzerthäuser und Musikklubs dürfnen dank der Demokratiebewegung wieder ihre Türen öffnen. Doch als der große Widerstands-Poprocker Björn Banane (Album »Neuanfang«, *DW* berichtete) am Freitag, 17. März 2023, in seinen Live-Club zurückkehrt, um sich warmzusingen, stellt sich ihm der Gastwirt in den Weg: Ein Trüppchen Schlapphüte habe ihm in seinem Laden gerade einen ungebetenen Besuch abgestattet.

Laut dem Gastronom habe ihn die Drückerkolonne erpresst, das Banane-Konzert kurzfristig abzusagen. Seine Konzession sei in Gefahr, weil »Kontrollen des Personals« und der »baulichen Eignung für den Konzertbetrieb« kurzfristig zunehmen könnten. Der Musiker Björn Banane, der *DW* den Frevel am Telefon berichtet, trauert um den verlorenen Abend: »Der Gastwirt knickte einfach ein.«

Doch der Sänger Banane und sein Pianist Arne Schmitt sind vorbereitet. Sie melden eine Demonstration an. Das Dresdener Konzert findet in der Folge vor der Frauenkirche statt. – Am Erscheinungstag dieser *DW*-Ausgabe tritt Banane übrigens im Zuge der Jubiläumsdemo auf – und am Abend an noch geheimem Ort im »Haus des Widerstandes für einen Abend«. Mit dem *DW* als Medienpartner. (ale)

Einer von vielen – einer zu viel

Offener Brief in Gedenken an Clemens Arvay, verfasst vom Verein Vereinte Juden für Freiheit und Frieden im Wortlaut.

Dieser Brief wurde von Juden verfasst, die sich international vereint haben. Der Brief richtet sich an Politik und Medien, aber auch – und vor allem – an unsere Mitmenschen, die tatenlos zusehen oder sich in vorauseilendem Gehorsam durch Mittäterschaft verdient machen.

Wir trauern um Clemens Arvay. Was hat diesen sanftmütigen Mann dazu getrieben, seinem Leben im Alter von 42 Jahren ein Ende zu setzen? Was hat einen liebenden Vater dazu gebracht, seinen Sohn zurückzulassen? Immer sachlich und auf eine konfliktfreie Debatte bedacht, der Natur und der Musik verbunden ... Wie verzweifelt muss Clemens Arvay gewesen sein, um alles, was er liebte, aufzugeben und keinen Ausweg mehr zu sehen?

Es gibt kaum eine schlimmere Beleidigung für einen anständigen Menschen als die, ein »Antisemit« genannt zu werden. Wenn die Verfechter der herrschenden Meinung oder besser gesagt der Meinung der Herrschenden grundlos die Antisemitismuskeule schwingen, nehmen sie den Schmerz und die Verzweiflung, die sie damit verursachen, zumindest billigend in Kauf. Auch Clemens Arvay wurde einer solchen Hetze ausgesetzt und als Antisemit verunglimpft. Wir werden ihn nicht mehr fragen können, was der endgültige Auslöser für seine Entscheidung war. Aber eine Frage an die Hetzer – an die betreffenden Medien, darunter so manches Leitmedium und an die einzelnen Profiteure der politischen Gunst – darf und muss gestellt werden: Berührt Sie die Vorstellung, dass dieser Tod mit Ihrer Hetze zu tun haben könnte? Es ist nicht entscheidend, was der finale Auslöser war. Aber Sie haben die Möglichkeit einer finalen, irreversiblen Entscheidung billigend in Kauf genommen.



Der sanfte Aufklärer Clemens Arvay nahm sich nach der Hetze am 18. Februar 2023 das Leben.

Dieser Tod bricht den Damm. Das aufgestaute Entsetzen über die Art und Weise, wie Sie mit dem umgehen, was uns heilig ist, was uns geprägt hat, was unseren Schmerz und unser Wissen begründet, bewegt uns dazu, diesen Brief zu schreiben. Ein Antisemit ist ein Judenhasser. Diejenigen, die vor 80 Jahren versuchten, die europäischen Juden zu vernichten, waren Antisemiten. Nazis sind Eugeniker, Massenmörder, die aus ihrer vermeintlichen rassischen Überlegenheit heraus andere als minderwertig verunglimpfe Menschen miss handeln und töten.

Diese Begriffe gegen Menschen zu verwenden, die lediglich die zur Religion gewordene Impfagenda hinterfragen, sich für Friedensverhandlungen aussprechen oder sich sonst gegen einen politischen oder medialen Trend stellen, ist eine inakzeptable Verharmlosung des Nationalsozialismus und des Holocaust. Ein solch inflationärer Vergleich von Andersdenkenden mit Massenmördern ist letztlich eine Verhöhnung der Opfer des Nationalsozialismus. Einige dieser Opfer sind die Vorfahren der Unterzeichner, unsere Eltern und Großeltern. Und einige der Unterzeichner wissen aus erster Hand, was einen andersdenkenden Biologen mit so beeindruckender menschlicher Integrität von einem Antisemiten unterscheidet. Die Antisemitismuskeule wird als Waffe gegen Kritiker der Regierungsmaßnahmen eingesetzt. Wie jede Waffe verursacht sie Zerstörung. Wie jede Waffe ist sie ein Mittel der Unterdrückung und Gewalt. Das wollen wir nicht!

Warum sehen wir uns in der Position »Es ist genug!« zu sagen? Weil der Eindruck erzeugt wird, dass wir es sind, die Juden, welche die Antisemitismus-Keule in den Händen halten. Dass wir es sind, die vor den »Schwurblern«, »Verschwörungstheoretikern«, »Nazis« und »Rechtsradikalen« beschützt werden wollen. Wir sollen diejenigen gewesen sein, die angeblich auch vor einem Clemens Arvay beschützt werden wollten. Auch vor Vera Sharav, Andrew Bridgen, Daniele Ganser, Sucharit Bhakdi, Neil Oliver, Roger Waters, Andrew Tate, David Icke, Ken Jebsen sollen wir um Schutz gebeten haben. Wir sollen es gewesen sein, die in Mode gekommene Prozesse wegen Volksverhetzung und Holocaust-Verharmlosung in Deutschland oder Wiederbetätigung in Österreich gefordert haben.

Clemens Arvay war kein Antisemit. Wir haben niemanden damit beauftragt, ihn in unserem Namen zu verletzen. Daniele Ganser ist kein Antisemit. Wir wünschen, nicht dafür missbraucht zu werden, dass der Historiker zum Schweigen gebracht wird, weil seine Meinung über den Krieg dem zugelassenen

weiterlesen auf Seite 15

DW-EMPFEHLUNGSLISTE

Diese Bücher sind im freien Handel erhältlich.
Neue Rezensionsexemplare bitte schicken an
DW/KDW | Postfach 35 02 16 | 10211 Berlin



CORONA IMPFSTOFF
Clemens Arvay

Quadriga Verlag

ISBN: 9783751714891



STRATEGIEN DER MACHT

Roland Rottenfußer

Rubikon-Verlag

ISBN: 978-3-96789-036-5



DAS CORONA-ABC

Sven Magnus Hanefeld
Sodenkamp & Lenz

ISBN: 978-3982274560



DAS KONSPIRATIONISTISCHE MANIFEST

Anonym

Sodenkamp & Lenz
ISBN: 978-3-982274591



AUSWANDERN ODER STANDHALTEN
Ullrich Mies (Hg.)

Blue Tiger Media
ISBN: 978-9493262195



DAS STAATSVERBRECHEN
Gunter Frank

Achgut-Edition
ISBN: 978-3982277141



LÜGEN, DIE MIR MEINE REGIERUNG ERZÄHLTE

Robert W. Malone

Kopp-Verlag
ISBN: 978-3864459214



DIE PROPAGANDA-MATRIX
Michael Meyen

Rubikon-Verlag
ISBN: 978-3967890204



DAS KAPITALISMUSTRIBUNAL
Haus Bartleby (Hg.)

Passagen Verlag
ISBN: 978-3709202203



CHRONIK EINER ABRECHNUNG
Flo Osrainik

Sodenkamp & Lenz
ISBN: 9783982274577

Fortsetzung von Seite 14



Belgische Demonstrantinnen gegen das Corona-Regime am 11. September 2021 in Brüssel. Foto: Alexandrus Michailidis (SST)

Narrativ widerspricht. Sucharit Bhakdi ist kein Antisemit. Diejenigen, die sich von dem Wissenschaftler beleidigt fühlen, der durch seine leidenschaftliche Aufklärung unzählige Leben gerettet hat, sind bei Weitem nicht stellvertretend für alle Juden.

Neil Oliver ist kein Judenhasser. Auch er soll in unserem Namen nicht diffamiert werden. Andrew Bridgen ist kein Antisemit. Der Politikerkollege, der ihn als solchen verleumdet hat, ist nun als der korrupte und manipulative Beamte entlarvt worden, der er ist. Die Tatsache, dass Vera Sharav, eine Holocaust-Überlebende und lebenslange Verfechterin der medizinischen Ethik, in Deutschland wegen Holocaust-Leugnung und Volksverhetzung strafrechtlich verfolgt wird, zeigt umso deutlicher, womit wir es zu tun haben; dies geschieht nicht in unserem Auftrag. Das Gleiche gilt für jede vorgenannte Persönlichkeit und unzählige andere kritisch denkende Menschen, die im Rahmen der einheitlichen Corona-Agenda nach einem einheitlichen Prinzip – wie nach einem Drehbuch – verleugnet, beleidigt, ausgegrenzt, um ihren guten Namen und um ihre Existenz gebracht werden.

Jedes Gerichtsverfahren nach den besagten Paragraphen, jede grundlose Beschimpfung als Nazi, Antisemit oder Holocaust-Leugner zielt auf Zerstörung eines Rufs, einer finanziellen und sozialen Existenz ab - oder auch eines Lebens. Wir wollen dafür nicht missbraucht werden. Wir können solche Maßnahmen in einer Gesellschaft, die sich freiheitlich-demokratisch definiert, niemals befürworten. Außerdem sind wir in Angst und Sorge:

Indem man in unserem Namen Existenzen zerstört, die Gesellschaft spaltet und gegen eine kritische Minderheit hetzt, begründet und fördert man echten Antisemitismus. Und nicht nur das: Die ständig kultivierte Angst, als Nazi oder Antisemit beschimpft zu werden, nimmt Menschen Zivilcourage und degradiert unsere Gesellschaft zu einer, die einem Unrecht tatenlos beiwohnt. In seinem Buch *Anleitung zum Unglücklichsein* schreibt Paul Watzlawick:

»Was A über B sagt, sagt viel über A und wenig über B.« Damit ist alles über die Gottlose Kampagne gegen Clemens Arvay gesagt. An diejenigen, die unseren Schmerz und unsere Sorge teilen: Nehmen Sie Einfluss! An die Hetzer und ihre Auftraggeber: Werden Sie wenigstens die Größe haben, dem Sohn von Clemens zu gestatten, stolz auf seinen Vater zu sein? Werden Sie das Unrecht wiedergutmachen? Werden Sie künftig Menschen hinter den unliebsamen Kritikern sehen – Väter, Mütter, Geliebte, Söhne oder Töchter – Menschen wie Sie, die einfach Ihre Meinung nicht teilen? Hier ist der Mensch Clemens Arvay. »Sie machen mich fertig« auf einem Zettel ist alles, was seine Mutter »Abschiedsbrief« nennen kann.

Jews for Justice , Juden für Aufklärung, We for Humanity



SPORT MIT BERTHOLD

AJAX-SCHULE ODER HOHE FLANKEN?

Der Sport kann mit seinen Philosophien auch Auskunft über das Leben geben. Nehmen wir die Schule von Ajax Amsterdam: Deren Gewächs Johan Cruyff hat als Spieler und und Trainer in Barcelona den Weltfußball geprägt und zudem unter anderem auch den Trainer Pep Guardiola inspiriert.

Cruyff war Visionär und hat sich von keinem Funktionär von seiner Philosophie abbringen lassen. Besonders hervorzuheben ist, dass in Barcelona die Modernisierung der Fußballakademie La Masia ihm besonders am Herzen lag. Daraus ist eine nie versiegende Quelle von wunderbaren Nachwuchsspielern geworden, der bekannteste ist Lionel Messi. Ein junger Spieler ist natürlich einfacher zu formen als ein gestandener Profi, dazu kommt noch die emotionale Bindung der jungen Spieler zu ihrem Club. In Deutschland ist der SC Freiburg zu nennen, der eine ähnliche Strategie verfolgt.

Geht nur das Prinzip Ajax oder nur die hohe Flanke? An den Diskussionen über Systemfußball oder Kämpferfußball möchte ich mich nicht beteiligen. Die Qualität der Spieler gibt das System vor und jede Mannschaft ist froh, Individualisten zu haben, die in der Lage sind im richtigen Moment spielentscheidende Aktionen zu machen. Da Fußball aber ein Mannschaftssport ist, müssen sich alle Spieler an die taktischen Vorgaben der Trainer halten. Denn es gibt nur zwei entscheidende Momente auf dem Platz: Der Augenblick des Ballverlust und der des Ballgewinns.

Thomas Berthold ist unter anderem Fußballweltmeister 1990 und Sportchef dieser Zeitung.



VORBEI DER TRAUM …

KOLUMNE CHRISTEN IM WIDERSTAND

von Dr. theol. Gert Rudolf Zenker

Ob einer Laune der Natur entsprungen, versehentlich einem Kriegslabor entwichen oder gewissenlos in die Welt gesetzt, es geht ein Gerücht, es sei nun vorbei. Wer's glaubt, wird bitter erwachen.

Nichts ist vorbei, alles im Fluss (lat. quae fluit). Wir leben in denselben Begriffen und Erklärungsmustern, die Politik und Medien in der Krise 2020 bis 23 pandemisch ausgestreut und dem Volke mit allen Mitteln der Demagogie ins Bewusstsein gepflanzt haben. Die allermeisten sind diesen Fallstricken erlegen, auch Professoren, Künstler, Bischöfe. Der Intellekt, die Kunst, der Glaube.

Wer montags demonstriert, ist dumm oder böse, so heißt es. Wer die Politik kritisiert, ist rechts oder bekommt von daher Beifall. Wer geheime Machenschaften erkennt, wird als »Verschwörungsunternehmer« verunglimpft, wie es zuletzt Dr. Daniele Ganser geschah. Wer für Verhandlungen in kriegerischen Konflikten eintritt, gilt als Feind des Friedens. Die Umkehrung der Begriffe – eben das ist Demagogie. Die Gegenwart hat solche Demagogie zur globalen Blüte gebracht.

Die Masken sind gefallen, nicht aber die Fratze der Macht. Eine Ärztin wird belangt, weil sie Atteste ausgestellt hat. Ein Richter verurteilt reihenweise Eltern, die ihre Kinder aus der Schule genommen haben. Eine Politikerin macht »feministische« – das heißt kriegstreiberische –Außenpolitik. Nichts ist vorbei, das sagt uns auch die Macht. Mit einer Drohgebärde. Man will, dass uns die Angst im Nacken sitzen bleibt, das ist gut für das Geschäft. Experten meinen: getrost ein viertes und fünftes Mal an die Nadel, am besten aller sechs Monate. Was eingekauft wurde, millionenfach, muss nun verbraucht werden …

Und was, wenn alles nur eine groß angelegte Truppenübung, ein Manöver war? Mal probieren, auf wie viel Diktatur sich Menschen einlassen, wenn man ihnen genügend Angst gemacht hat, wie lenkbar ein Volk ist, was es sich alles gefallen lässt. Manöver erfolgreich abgeschlossen. Die Menschen haben es mitgemacht, quer durch alle Schichten.

Der Widerspruch war vergleichsweise gering. Sogar der Papst hat sein Nichterkennen-Wollen, seine Verquickung mit globaler Macht oder schlicht: sein Mitläufertum mit der Haltung kaschiert, Impfen sei ein Akt der Nächstenliebe. Und das will der Stellvertreter Christi auf Erden sein? – Nur gut, dass die durch Impfung schwer Geschädigten und die zahllosen Toten in keiner offiziellen Statistik erscheinen, für das Gewissen nur eine Last …

Dr. theol. Gert Rudolf Zenker ist Herausgeber der WendeBlätter 2020, die im Internet unter www.wb2020.de einzusehen sind.

Grundgesetz

Die ersten 20 Artikel unserer Verfassung. Das Grundgesetz steht über der Regierung. Wenn eine Regierung die Verfassung bricht, haben die Menschen das Recht zum Widerstand. Artikel 1 und Artikel 20 sind zusätzlich durch die Ewigkeitsklausel geschützt. Unsere unabschaffbaren Grundrechte:

Artikel 1
(1) Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.
(2) Das Deutsche Volk bekennt sich darum zu unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten als Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft, des Friedens und der Gerechtigkeit in der Welt.
(3) Die nachfolgenden Grundrechte binden Gesetzgebung, vollziehende Gewalt und Rechtsprechung als unmittelbar geltendes Recht.

Artikel 2
(1) Jeder hat das Recht auf die freie Entfaltung seiner Persönlichkeit, soweit er nicht die Rechte anderer verletzt und nicht gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder das Sittengesetz verstößt.
(2) Jeder hat das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit. Die Freiheit der Person ist unverletzlich. In diese Rechte darf nur auf Grund eines Gesetzes eingegriffen werden.

Artikel 3
(1) Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich.
(2) Männer und Frauen sind gleichberechtigt. Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin.
(3) Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden. Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden.

Artikel 4
(1) Die Freiheit des Glaubens, des Gewissens und die Freiheit des religiösen und weltanschaulichen Bekenntnisses sind unverletzlich.
(2) Die ungestörte Religionsausübung wird gewährleistet.
(3) Niemand darf gegen sein Gewissen zum Kriegsdienst mit der Waffe gezwungen werden. Das Nähere regelt ein Bundesgesetz.

Artikel 5
(1) Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten. Die Pressefreiheit und die Freiheit der Berichterstattung durch Rundfunk und Film werden gewährleistet. Eine Zensur findet nicht statt.
(2) Diese Rechte finden ihre Schranken in den Vorschriften der allgemeinen Gesetze, den gesetzlichen Bestimmungen zum Schutze der Jugend und in dem Recht der persönlichen Ehre.
(3) Kunst und Wissenschaft, Forschung und Lehre sind frei. Die Freiheit der Lehre entbindet nicht von der Treue zur Verfassung.

Artikel 6
(1) Ehe und Familie stehen unter dem besonderen Schutze der staatlichen Ordnung.
(2) Pflege und Erziehung der Kinder sind das natürliche Recht der Eltern und die zuvörderst ihnen obliegende Pflicht. Über ihre Betätigung wacht die staatliche Gemeinschaft.
(3) Gegen den Willen der Erziehungsberechtigten dürfen Kinder nur auf Grund eines Gesetzes von der Familie getrennt werden, wenn die Erziehungsberechtigten versagen oder wenn die Kinder aus anderen Gründen zu verwahrlosen drohen.
(4) Jede Mutter hat Anspruch auf den Schutz und die Fürsorge der Gemeinschaft.
(5) Den unehelichen Kindern sind durch die Gesetzgebung die gleichen Bedingungen für ihre leibliche und seelische Entwicklung und ihre Stellung in der Gesellschaft zu schaffen wie den ehelichen Kindern.

Artikel 7
(1) Das gesamte Schulwesen steht unter der Aufsicht des Staates.
(2) Die Erziehungsberechtigten haben das Recht, über die Teilnahme des Kindes am Religionsunterricht zu bestimmen.
(3) Der Religionsunterricht ist in den öffentlichen Schulen mit Ausnahme der bekenntnisfreien Schulen ordentliches Lehrfach. Unbeschadet des staatlichen Aufsichtsrechtes wird der Religionsunterricht in Übereinstimmung mit den Grundsätzen der Religionsgemeinschaften erteilt. Kein Lehrer darf gegen seinen Willen verpflichtet werden, Religionsunterricht zu erteilen.
(4) Das Recht zur Errichtung von privaten Schulen wird gewährleistet. Private Schulen als Ersatz für öffentliche Schulen bedürfen der Genehmigung des Staates und unterstehen den Landesgesetzen. Die Genehmigung ist zu erteilen, wenn die privaten Schulen in ihren Lehrzielen und Einrichtungen sowie in der wissenschaftlichen Ausbildung ihrer Lehrkräfte nicht hinter den öffentlichen Schulen zurückstehen und eine Sonderung der Schüler nach den Besitzverhältnissen der Eltern nicht gefördert wird. Die Genehmigung ist zu versagen, wenn die wirtschaftliche und rechtliche Stellung der Lehrkräfte nicht genügend gesichert ist.
(5) Eine private Volksschule ist nur zuzulassen, wenn die Unterrichtsverwaltung ein besonderes pädagogisches Interesse anerkennt oder, auf Antrag von Erziehungsberechtigten, wenn sie als Gemeinschaftsschule, als Bekenntnis- oder Weltanschauungsschule errichtet werden soll und eine öffentliche Volksschule dieser Art in der Gemeinde nicht besteht.
(6) Vorschulen bleiben aufgehoben.

Artikel 8
(1) Alle Deutschen haben das Recht, sich ohne Anmeldung oder Erlaubnis friedlich und ohne Waffen zu versammeln.
(2) Für Versammlungen unter freiem Himmel kann dieses Recht durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes beschränkt werden.

Artikel 9
(1) Alle Deutschen haben das Recht, Vereine und Gesellschaften zu bilden.
(2) Vereinigungen, deren Zwecke oder deren Tätigkeit den Strafgesetzen zuwiderlaufen oder die sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder gegen den Gedanken der Völkerverständigung richten, sind verboten.
(3) Das Recht, zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen Vereinigungen zu bilden, ist für jedermann und für alle Berufe gewährleistet. Abreden, die dieses Recht einschränken oder zu behindern suchen, sind nichtig, hierauf gerichtete Maßnahmen sind rechtswidrig. Maßnahmen nach den Artikeln 12a, 35 Abs. 2 und 3, Artikel 87a Abs. 4 und Artikel 91 dürfen sich nicht gegen Arbeitskämpfe richten, die zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen von Vereinigungen im Sinne des Satzes 1 geführt werden.

Artikel 10
(1) Das Briefgeheimnis sowie das Post- und Fernmeldegeheimnis sind unverletzlich.
(2) Beschränkungen dürfen nur auf Grund eines Gesetzes angeordnet werden. Dient die Beschränkung dem Schutze der freiheitlichen demokratischen Grundordnung oder des Bestandes oder der Sicherung des Bundes oder eines Landes, so kann das Gesetz bestimmen, daß sie dem Betroffenen nicht mitgeteilt wird und daß an die Stelle des Rechtsweges die Nachprüfung durch von der Volksvertretung bestellte Organe und Hilfsorgane tritt.

Artikel 11
(1) Alle Deutschen genießen Freizügigkeit im ganzen Bundesgebiet.
(2) Dieses Recht darf nur durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes und nur für die Fälle eingeschränkt werden, in denen eine ausreichende Lebensgrundlage nicht vorhanden ist und der Allgemeinheit daraus besondere Lasten entstehen würden oder in denen es zur Abwehr einer drohenden Gefahr für den Bestand oder die freiheitliche demokratische Grundordnung des Bundes oder eines Landes, zur Bekämpfung von Seuchengefahr, Naturkatastrophen oder besonders schweren Unglücksfällen, zum Schutze der Jugend vor Verwahrlosung oder um strafbaren Handlungen vorzubeugen, erforderlich ist.

Artikel 12
(1) Alle Deutschen haben das Recht, Beruf, Arbeitsplatz und Ausbildungsstätte frei zu wählen. Die Berufsausübung kann durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes geregelt werden.
(2) Niemand darf zu einer bestimmten Arbeit gezwungen werden, außer im Rahmen einer herkömmlichen allgemeinen, für alle gleichen öffentlichen Dienstleistungspflicht.
(3) Zwangsarbeit ist nur bei einer gerichtlich angeordneten Freiheitsentziehung zulässig.

Artikel 12a
(1) Männer können vom vollendeten achtzehnten Lebensjahr an zum Dienst in den Streitkräften, im Bundesgrenzschutz oder in einem Zivilschutzverband verpflichtet werden.
(2) Wer aus Gewissensgründen den Kriegsdienst mit der Waffe verweigert, kann zu einem Ersatzdienst verpflichtet werden. Die Dauer des Ersatzdienstes darf die Dauer des Wehrdienstes nicht übersteigen. Das Nähere regelt ein Gesetz, das die Freiheit der Gewissensentscheidung nicht beeinträchtigen darf und auch eine Möglichkeit des Ersatzdienstes vorsehen muß, die in keinem Zusammenhang mit den Verbänden der Streitkräfte und des Bundesgrenzschutzes steht.
(3) Wehrpflichtige, die nicht zu einem Dienst nach Absatz 1 oder 2 herangezogen sind, können im Verteidigungsfalle durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes zu zivilen Dienstleistungen für Zwecke der Verteidigung einschließlich des Schutzes der Zivilbevölkerung in Arbeitsverhältnisse verpflichtet werden; Verpflichtungen in öffentlich-rechtliche Dienstverhältnisse sind nur zur Wahrnehmung polizeilicher Aufgaben oder solcher hoheitlichen Aufgaben der öffentlichen Verwaltung, die nur in einem öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis erfüllt werden können, zulässig. Arbeitsverhältnisse nach Satz 1 können bei den Streitkräften, im Bereich ihrer Versorgung sowie bei der öffentlichen Verwaltung begründet werden; Verpflichtungen in Arbeitsverhältnisse im Bereiche der Versorgung der Zivilbevölkerung sind nur zulässig, um ihren lebensnotwendigen Bedarf zu decken oder ihren Schutz sicherzustellen.
(4) Kann im Verteidigungsfalle der Bedarf an zivilen Dienstleistungen im zivilen Sanitäts- und Heilwesen sowie in der ortsfesten militärischen Lazarettorganisation nicht auf freiwilliger Grundlage gedeckt werden, so können Frauen vom vollendeten achtzehnten bis zum vollendeten fünfundfünfzigsten Lebensjahr durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes zu derartigen Dienstleistungen herangezogen werden. Sie dürfen auf keinen Fall zum Dienst mit der Waffe verpflichtet werden.
(5) Für die Zeit vor dem Verteidigungsfalle können Verpflichtungen nach Absatz 3 nur nach Maßgabe des Artikels 80a Abs. 1 begründet werden. Zur Vorbereitung auf Dienstleistungen nach Absatz 3, für die besondere Kenntnisse oder Fertigkeiten erforderlich sind, kann durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes die Teilnahme an Ausbildungsveranstaltungen zur Pflicht gemacht werden. Satz 1 findet insoweit keine Anwendung.
(6) Kann im Verteidigungsfalle der Bedarf an Arbeitskräften für die in Absatz 3 Satz 2 genannten Bereiche auf freiwilliger Grundlage nicht gedeckt werden, so kann zur Sicherung dieses Bedarfs die Freiheit der Deutschen, die Ausübung eines Berufs oder den Arbeitsplatz aufzugeben, durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes eingeschränkt werden. Vor Eintritt des Verteidigungsfalles gilt Absatz 5 Satz 1 entsprechend.

Artikel 13
(1) Die Wohnung ist unverletzlich.
(2) Durchsuchungen dürfen nur durch den Richter, bei Gefahr im Verzuge auch durch die in den Gesetzen vorgesehenen anderen Organe angeordnet und nur in der dort vorgeschriebenen Form durchgeführt werden.
(3) Begründen bestimmte Tatsachen den Verdacht, daß jemand eine durch Gesetz einzeln bestimmte besonders schwere Straftat begangen hat, so dürfen zur Verfolgung der Tat auf Grund richterlicher Anordnung technische Mittel zur akustischen Überwachung von Wohnungen, in denen der Beschuldigte sich vermutlich aufhält, eingesetzt werden, wenn die Erforschung des Sachverhalts auf andere Weise unverhältnismäßig erschwert oder aussichtslos wäre. Die Maßnahme ist zu befristen. Die Anordnung erfolgt durch einen mit drei Richtern besetzten Spruchkörper. Bei Gefahr im Verzuge kann sie auch durch einen einzelnen Richter getroffen werden.
(4) Zur Abwehr dringender Gefahren für die öffentliche Sicherheit, insbesondere einer gemeinen Gefahr oder einer Lebensgefahr, dürfen technische Mittel zur Überwachung von Wohnungen nur auf Grund richterlicher Anordnung eingesetzt werden. Bei Gefahr im Verzuge kann die Maßnahme auch durch eine andere gesetzlich bestimmte Stelle angeordnet werden; eine richterliche Entscheidung ist unverzüglich nachzuholen.
(5) Sind technische Mittel ausschließlich zum Schutze der bei einem Einsatz in Wohnungen tätigen Personen vorgesehen, kann die Maßnahme durch eine gesetzlich bestimmte Stelle angeordnet werden. Eine anderweitige Verwertung der hierbei erlangten Erkenntnisse ist nur zum Zwecke der Strafverfolgung oder der Gefahrenabwehr und nur zulässig, wenn zuvor die Rechtmäßigkeit der Maßnahme richterlich festgestellt ist; bei Gefahr im Verzuge ist die richterliche Entscheidung unverzüglich nachzuholen.
(6) Die Bundesregierung unterrichtet den Bundestag jährlich über den nach Absatz 3 sowie über den im Zuständigkeitsbereich des Bundes nach Absatz 4 und, soweit richterlich überprüfungsbedürftig, nach Absatz 5 erfolgten Einsatz technischer Mittel. Ein vom Bundestag gewähltes Gremium übt auf der Grundlage dieses Berichts die parlamentarische Kontrolle aus. Die Länder gewährleisten eine gleichwertige parlamentarische Kontrolle.
(7) Eingriffe und Beschränkungen dürfen im übrigen nur zur Abwehr einer gemeinen Gefahr oder einer Lebensgefahr für einzelne Personen, auf Grund eines Gesetzes auch zur Verhütung dringender Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung, insbesondere zur Behebung der Raumnot, zur Bekämpfung von Seuchengefahr oder zum Schutze gefährdeter Jugendlicher vorgenommen werden.

Artikel 14
(1) Das Eigentum und das Erbrecht werden gewährleistet. Inhalt und Schranken werden durch die Gesetze bestimmt.
(2) Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.
(3) Eine Enteignung ist nur zum Wohle der Allgemeinheit zulässig. Sie darf nur durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes erfolgen, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt. Die Entschädigung ist unter gerechter Abwägung der Interessen der Allgemeinheit und der Beteiligten zu bestimmen. Wegen der Höhe der Entschädigung steht im Streitfalle der Rechtsweg vor den ordentlichen Gerichten offen.

Artikel 15
Grund und Boden, Naturschätze und Produktionsmittel können zum Zwecke der Vergesellschaftung durch ein Gesetz, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt, in Gemeineigentum oder in andere Formen der Gemeinwirtschaft überführt werden. Für die Entschädigung gilt Artikel 14 Abs. 3 Satz 3 und 4 entsprechend.

Artikel 16
(1) Die deutsche Staatsangehörigkeit darf nicht entzogen werden. Der Verlust der Staatsangehörigkeit darf nur auf Grund eines Gesetzes und gegen den Willen des Betroffenen nur dann eintreten, wenn der Betroffene dadurch nicht staatenlos wird.
(2) Kein Deutscher darf an das Ausland ausgeliefert werden. Durch Gesetz kann eine abweichende Regelung für Auslieferungen an einen Mitgliedstaat der Europäischen Union oder an einen internationalen Gerichtshof getroffen werden, soweit rechtsstaatliche Grundsätze gewahrt sind.

Artikel 16a
(1) Politisch Verfolgte genießen Asylrecht.
(2) Auf Absatz 1 kann sich nicht berufen, wer aus einem Mitgliedstaat der Europäischen Gemeinschaften oder aus einem anderen Drittstaat einreist, in dem die Anwendung des Abkommens über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten sichergestellt ist. Die Staaten außerhalb der Europäischen Gemeinschaften, auf die die Voraussetzungen des Satzes 1 zutreffen, werden durch Gesetz, das der Zustimmung des Bundesrates bedarf, bestimmt. In den Fällen des Satzes 1 können aufenthaltsbeendende Maßnahmen unabhängig von einem hiergegen eingelegten Rechtsbehelf vollzogen werden.
(3) Durch Gesetz, das der Zustimmung des Bundesrates bedarf, können Staaten bestimmt werden, bei denen auf Grund der Rechtslage, der Rechtsanwendung und der allgemeinen politischen Verhältnisse gewährleistet erscheint, daß dort weder politische Verfolgung noch unmenschliche oder erniedrigende Bestrafung oder Behandlung stattfindet. Es wird vermutet, daß ein Ausländer aus einem solchen Staat nicht verfolgt wird, solange er nicht Tatsachen vorträgt, die die Annahme begründen, daß er entgegen dieser Vermutung politisch verfolgt wird.
(4) Die Vollziehung aufenthaltsbeendender Maßnahmen wird in den Fällen des Absatzes 3 und in anderen Fällen, die offensichtlich unbegründet sind oder als offensichtlich unbegründet gelten, durch das Gericht nur ausgesetzt, wenn ernstliche Zweifel an der Rechtmäßigkeit der Maßnahme bestehen; der Prüfungsumfang kann eingeschränkt werden und verspätetes Vorbringen unberücksichtigt bleiben. Das Nähere ist durch Gesetz zu bestimmen.
(5) Die Absätze 1 bis 4 stehen völkerrechtlichen Verträgen von Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften untereinander und mit dritten Staaten nicht entgegen, die unter Beachtung der Verpflichtungen aus dem Abkommen über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten, deren Anwendung in den Vertragsstaaten sichergestellt sein muß, Zuständigkeitsregelungen für die Prüfung von Asylbegehren einschließlich der gegenseitigen Anerkennung von Asylentscheidungen treffen.

Artikel 17
Jedermann hat das Recht, sich einzeln oder in Gemeinschaft mit anderen schriftlich mit Bitten oder Beschwerden an die zuständigen Stellen und an die Volksvertretung zu wenden.

Artikel 17a
(1) Gesetze über Wehrdienst und Ersatzdienst können bestimmen, daß für die Angehörigen der Streitkräfte und des Ersatzdienstes während der Zeit des Wehr- oder Ersatzdienstes das Grundrecht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten (Artikel 5 Abs. 1 Satz 1 erster Halbsatz), das Grundrecht der Versammlungsfreiheit (Artikel 8) und das Petitionsrecht (Artikel 17), soweit es das Recht gewährt, Bitten oder Beschwerden in Gemeinschaft mit anderen vorzubringen, eingeschränkt werden.
(2) Gesetze, die der Verteidigung einschließlich des Schutzes der Zivilbevölkerung dienen, können bestimmen, daß die Grundrechte der Freizügigkeit (Artikel 11) und der Unverletzlichkeit der Wohnung (Artikel 13) eingeschränkt werden.

Artikel 18
Wer die Freiheit der Meinungsäußerung, insbesondere die Pressefreiheit (Artikel 5 Abs. 1), die Lehrfreiheit (Artikel 5 Abs. 3), die Versammlungsfreiheit (Artikel 8), die Vereinigungsfreiheit (Artikel 9), das Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis (Artikel 10), das Eigentum (Artikel 14) oder das Asylrecht (Artikel 16a) zum Kampfe gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung mißbraucht, verwirkt diese Grundrechte. Die Verwirkung und ihr Ausmaß werden durch das Bundesverfassungsgericht ausgesprochen.

Artikel 19
(1) Soweit nach diesem Grundgesetz ein Grundrecht durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes eingeschränkt werden kann, muß das Gesetz allgemein und nicht nur für den Einzelfall gelten. Außerdem muß das Gesetz das Grundrecht unter Angabe des Artikels nennen.
(2) In keinem Falle darf ein Grundrecht in seinem Wesensgehalt angetastet werden.
(3) Die Grundrechte gelten auch für inländische juristische Personen, soweit sie ihrem Wesen nach auf diese anwendbar sind.
(4) Wird jemand durch die öffentliche Gewalt in seinen Rechten verletzt, so steht ihm der Rechtsweg offen. Soweit eine andere Zuständigkeit nicht begründet ist, ist der ordentliche Rechtsweg gegeben. Artikel 10 Abs. 2 Satz 2 bleibt unberührt.

Artikel 20
(1) Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat.
(2) Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung ausgeübt.
(3) Die Gesetzgebung ist an die verfassungsmäßige Ordnung, die vollziehende Gewalt und die Rechtsprechung sind an Gesetz und Recht gebunden.
(4) Gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung zu beseitigen, haben alle Deutschen das Recht zum Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist.

***Art. 146** Dieses Grundgesetz, das nach Vollendung der Einheit und Freiheit Deutschlands für das gesamte deutsche Volk gilt, verliert seine Gültigkeit [erst] an dem Tage, an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die von dem deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen worden ist.*